

57. Jahrgang

4-2024

€ 5,00

Natur als Beute?

AMMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

RECHT

DER / AUF / FÜR

NATUR

Inhalt

Kolumnen

- 3 *Hermann Schulz*
Alfred Hrdlicka
- 4 *Hans Hubbertz*
**Die Abgründe der „dritten Moderne“
 nach Ingolfur Blühdorn**

SCHWERPUNKT: Natur als Beute?

- 5 *Alberto Acosta*
**Die Rechte der Natur,
 das Tor zu einer kopernikanischen Wende**
- 6 *Robert Bosshard*
Artenschutz
- 7 *Ulrich Hüpke*
**Rechte der Natur,
 der Verbände oder der Menschen?**
- 8 *Müzeyyen Dreessen*
**Interkulturelle Hochbeetgärten – bei Ausbeutung
 der Natur und Spaltung der Gesellschaft**
- 8 *Nele Dreier*
Liebe Leserinnen und Leser!
- 9 *Lilia Vishnevetskja/ Beatrix Ries/Nazife Güner*
**Kriegs-Trümmer: CIJAG und Abrahamsfest in Marl
 am Ende. Aber etwas Neues kommt 2025.**
- 10 *Dorothee Schomberg*
**Natur kann NICHT weg!
 Rieselfelder am Nordrand des Ruhrgebiets**
- 11 *Einhard Schmidt-Kallert*
**Nach der Jahrtausendflut –
 eine Erzählung aus dem Jahre 2068**
- 13 *Anna Kaliga*
**Klimaneutralität –
 Emscher-Lippe-Region macht sich auf den Weg**

- 14 *Markus Wissen und Ulrich Brand*
Kapitalismus am Limit
 Krise und Überwindung der imperialen Lebensweise
- 16 *Stefan Acar*
Was bedeutet „Nachhaltigkeit“?
- 17 *Ulrich Grober*
Bonhoeffers Optimismus
- 18 *Susanne Grube*
Gegen die Zeit geplant
- 19 *Peter Lindner*
**Natur als „Gesetz“.
 Paradebeispiel Jahnstadion in Marl**
- 20 *Britta Porbadnik*
Hausverbot – Innenansichten aus einer ZUE

Menschenorte 62

- 21 *Ute Mark / Almuth und Hartmut Dreier*
**„Agora“ Ickern: Erika Römers interkulturelles
 Frauentheater**

1wurf

- 22 *Olaf Bernau, Afrique-Europe-Interact*
**Mali: Landraub zurückdrängen,
 kleinbäuerliche Haushalte stärken**

Palästina

- 23 *Noa Landau – 13. November 2024*
**So wird Netanjahu das Westjordanland
 annektieren.**

Impressum ...	Seite 3
Abo-Bestellschein ...	Seite 13
Lesetipps ...	Seiten 15, 23
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

„Extremwetter“ verheerte kürzlich eine Region im spanischen Valencia, erschreckt immer wieder weltweit und auch hierzulande. Die 29. UN-Klimakonferenz in Baku endete im November als Desaster. Die Klimakatastrophe im Anthropozän/Kapitalozän ist von Menschen gemacht und ist von Menschen zu verhindern! In diesem **AMOS** fordert Alberto Acosta die „Kopernikanische Wende“: Nur wenn Mensch endlich kapiert, dass Natur Rechte hat, überlebt Menschheit, gibt es „buen vivir“ – gutes Leben für alle „Arten“, auch für Menschen. Weltweit wächst die Einsicht und schrillen die Alarmglocken.

Katastrophen und Kriege scheinen abzustumpfen, begleiten auch Faschisierung. Ist denn alles hoffnungslos? Widerborstig versammeln wir in diesem Heft grundlegende Beiträge der Kritik zur „Signatur der Zeit“ und exemplarische Berichte von Menschen, die etwas ausprobieren.

Es hat sich etwas getan auch im Ruhrgebiet mit seinen drei Flüssen, die in Ost-West-Richtung zum Rhein fließen. Im Süden die Ruhr: Menschen schwimmen wieder in der Ruhr, Trinkwasser aus dem Ruhrtal wird in Wasserflaschen landesweit verkauft. Weiter nach Norden die Emscher: sie ist nicht mehr die zentrale Kloake für sämtliche Abwässer, sondern inzwischen lockt es Menschen zum Verweilen an der re-naturierten Emscher. Dank der Internationalen Bauausstellung IBA Emscherpark in den 1990er Jahren. Am Südwest-Hang einer aufgeschütteten Halde in Castrop-Rauxel wurden 8.000 Weinstöcke angepflanzt – mithilfe einer aus der Pfalz eingewanderten Winzerin. Die Lippe ist der dritte Fluss zum Münsterland hin: auf ihr soll es 2025 von Kajaks und Kanus aus, auf dem Übergang von der fossilen zur klimaneu-

tralen Zeit, eine politische Fortbildung des DGB-nahen „Arbeit und Leben“ geben – trotz der schlechten Wasserqualität in der Lippe, auch wegen der Überdüngung durch Landwirtschaft.

Für **AMOS** 1|2025 im März kündigen wir an und laden ein zu Beiträgen: „Festung Europa“.

Tagesaktuell ist unsere Homepage amos-zeitschrift, zu Stichworten: Ukraine, Nahost, Friedensbewegung, Wichtige Texte! Wir sind dankbar für textliche Hinweise dazu.

Wir laden ein, (nicht nur) zu Weihnachten **AMOS**-Abos zu verschenken (s. Einlage). Wer Mitglied im „AMOS-Verein zur Förderung interkultureller, interreligiöser und sozialpolitischer Bildung e.V.“ wird, bekommt für die Jahresmitgliedschaft ab 36 Euro aufwärts viermal **AMOS** als Mitgliederzeitschrift umsonst und eine Spendenquittung. Wer im Erbfall auch AMOS bedenken möchte, kann es ebenfalls über den AMOS-Verein in die Wege leiten. (Adressen im Impressum).

Unser Beileger „Klima & Krieg“ ist keine echte Weihnachtslektüre – aber wir grüßen antimilitaristisch zu den Festtagen und zum Neuen Jahr und bleiben zuversichtlich – trotz allem!

AMOS



Bei Überweisungen bitte beachten:

- ABO-Zahlungen auf Konto AMOS
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
- Mitgliedsbeiträge und Spenden für AMOS e.V. an
 IBAN: DE39 3506 0190 2110 1370 12

Hermann Schulz

Alfred Hrdlicka

Es wird irgendwann in den 70er Jahren gewesen sein, die Zeit, als ich mich sehr stark gegen die Diktatur des Somoza-Clans in Nicaragua engagierte und mehrfach dieses Land besucht hatte. In Wuppertal hatte ich in der Westdeutschen Zeitung hin und wieder gelesen, dass man dem Wiener Bildhauer Alfred Hrdlicka den Auftrag für ein Denkmal zu Ehren von Friedrich Engels, dem Sohn dieser Stadt, gegeben hatte.

Da las ich eines Morgens in der Tageszeitung WZ, ein Marmorblock sei in Wien bei Hrdlicka angekommen, aber leider um einige Zentimeter zu kurz für sein Vorhaben! Diese Notiz regte meine Phantasie an. Ich besorgte mir von dem Galeristen Enno Hungerland die Adresse des Wiener Künstlers und schrieb ihm, er möge doch überlegen, aus dem Marmorblock, der jetzt nutzlos vermutlich in seinem Garten lag, ein Monument für die Befreiung der Völker Lateinamerikas zu machen! Wenige Tage später bekam ich einen Anruf von Hrdlicka, meinen Vorschlag fände er sehr interessant, ob ich nicht in Wien zu tun hätte, er würde gerne ausführlich mit mir über das Projekt reden! Nun hatte der Peter Hammer Verlag (mein Arbeitgeber) damals eine Auslieferung in Wien, so dass die Möglichkeit gegeben war, auf Verlagskosten nach Wien zu reisen. Schnell war ein Termin mit Hrdlicka verabredet.

In Wien führte mich Hrdlicka, begleitet von seiner Frau, durch sein Atelier im Prater, das ihm die Stadt Wien zur Verfügung gestellt hatte. Seine Frau, die aus Stuttgart stammte, klagte mehrfach, ihr Mann sollte lieber Bilder malen, die Arbeit mit Marmor würde seine Knochen kaputt machen, manchmal seien seine Arme so geschädigt, dass er nachts mit beiden Armen in Steinöl – rechts und links eingetaucht – schlafen müsste. Er stritt nicht ab, dass es eine Hundsarbeit sei. Wir widmeten uns aber hin und wieder dem Wodka, den der Künstler bereit hielt.

Schließlich war der Rundgang durch sein Atelier beendet und wir traten auf die Straße. Da kam uns ein Paar entgegen, ein Mann und eine Frau, sie steuerten auf uns zu und machten sich bekannt. Es waren Ernst Jandl und Friederike Mayröcker! Als Jandl meinen Namen hörte, war er nicht schlecht erstaunt: Er hatte beim Lyrik-Wettbewerb des Peter Hammer Verlages den 1. Preis gewonnen. Ich erinnere mich an den Anfang des Gedichtes „Vater komm erzähl vom Krieg, erzähl wie’s tot geschossen worden bist...“ Damals konnte ich das komplette Gedicht hersagen. Es war eine wunderbare literarische Begegnung. Ernst Jandl war begeistert!

Zur Feier der Begegnung gingen wir in ein Kaffeehaus, Alfred Hrdlicka verkündete, hier würde er uns sein bestes Kunstwerk zeigen. Wir waren gespannt, was er uns erzählen würde. Dann erzählte er:

„Ich saß an einem Morgen in hier. Es war früh und ich der einzige Gast. Ich las meine Zeitung. An der Theke verhandelte ein Vertreter von Bezugstoffen mit dem Wirt, der konnte sich nicht entscheiden. Da sagte der Vertreter: Sie müssen die ganz einfachen Leute fragen. Was die gut finden, sollten Sie neh-

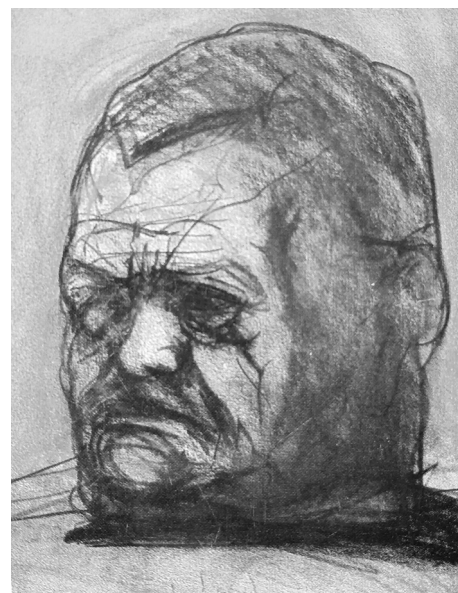
men. Da sitzt doch so ein einfacher Kerl da hinten, fragen sie den! Beide kamen mit dem Musterbuch an meinen Platz. Wollen Sie sich ein Gratisbier verdienen, fragte der Vertreter? Immer, war meine Antwort. Um was geht es denn? Er gab mir das Buch mit den Mustern der Bezugsstoffe.

Welches Muster würden Sie für die Bezüge der Möbel hier nehmen, fragte der Wirt. Ich blätterte durch den Katalog. Nehmen Sie dieses hier; ich tippte auf das Muster mit der blau-rotten Färbung! Sehen Sie, sagte der Vertreter, was die einfachen Leute gut finden, trifft den allgemeinen Geschmack.

Ich bekam mein Gratis-Bier, und seit der Zeit bin ich hier Stammgast!“

Das Denkmal für die Befreiung der Völker Amerikas ist auch vor dem Tod des Künstlers entstanden, ist im Nachlass von Hrdlicka in Wien zu besichtigen, erzählte mir Horst Engler, der sich jahrelang als Zahnarzt um mich gekümmert hat.

Hermann Schulz lebt als Rentner und Autor in Wuppertal. Sein Roman „Angeworben“ wird Anfang 2025 erscheinen.



Impressum

Herausgeber:
AMOS e.V. c/o Rolf Euler
Cäcilienhöhe 32
45657 Recklinghausen
E-Mail: amos-ev@web.de

Redaktionsadresse:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, 45772 Marl
Tel: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 | BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Stefan Hochstadt, Essen | Hans Hubbertz, Recklinghausen | Ute Hüttmann, Marl | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Marion Lillig, Recklinghausen | Axel Lippek, Bochum | Ute Mark, Herne | Anna Musinszki, Dortmund | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Hartmut Dreier, Rolf Euler
Endredaktion/Layout: Axel Lippek

Titelbild: Robert Bosshard

Druck: Halterner Druckerei GmbH
www.halterner-druckerei.de

Titelbilder 1983–2019: Manfred Walz
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski
Einzelpreis: 5,00 €

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier **Abo-Preis:** 20,00 € jährlich inkl. Versand
AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „ley.de“ (Leipzig).

Hans Hubbertz

Die Abgründe der „dritten Moderne“ nach Ingolfur Blühdorn

Manchmal wird das systemische Dilemma gegenwärtiger Widersprüche in einer 10-minütigen Nachrichtensendung hoch komprimiert offenbar: Donald Trump kündigt kurz nach seinem Wahlsieg an, eine seiner ersten Regierungsmaßnahmen sei der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen, die Ausweitung von Ölbohrfeldern und die dazu passende Einschränkung von Naturschutzgebieten. In Griechenland habe durch lang anhaltende Meerestemperaturen von über 30 Grad ein großräumiges Muschelsterben eingesetzt; die Muschelkulturen für das kommende Jahr seien allesamt zerstört. Für die zahlreichen Familienunternehmen von Muschelfischern sei damit die Vernichtung ihrer Existenzgrundlage verbunden. Gleichzeitig wird von über 200 Toten und über 50 vermissten Personen aus der Region Valencia berichtet, die in Folge von extremem Dauerregen, Überschwemmungen und Erdbeben zu Tode kamen. Massenhafte Proteste gegen die Regionalregierung mit Rücktrittsforderungen werden laut. Wer Anregungen für gute Laune sucht, darf einfach keine Nachrichten hören...

Mit dem Blick auf Katastrophen hatte vor mehr als 50 Jahren der Club of Rome über die Grenzen des Wachstums publiziert. Weltweit war dies der Startschuss für eine Bewegung, die sich den Schutz der Umwelt auf die Fahnen geschrieben hatte. Deren Zielperspektive verstand sich nicht nur als Naturschutzprojekt, sondern vielmehr als umfassende, progressive Gesellschaftsutopie, wie mit der Trias Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zum Ausdruck kam.

Aus den damaligen studentischen Protesten formierte sich eine gesellschaftliche Kritik gegen die Ausbeutung von Beschäftigten, für Frauenemanzipation und Friedenspolitik sowie gegen die Diskriminierung von Minderheiten. Neuartig war die programmatische Kombination des Ziels individueller und zugleich gesellschaftlicher Befreiung mit dem Anliegen des Schutzes der Natur.

Im Frühjahr dieses Jahres publizierte der Politologe Ingolfur Blühdorn unter dem Titel „Unhaltbarkeit“ (edition suhrkamp 2808) eine kritische Abrechnung mit dem Vorhaben der sozialökologischen Transformation. Er bewegt sich dabei auf den Spuren von Ulrich Beck zur „Risikogesellschaft“ aus dem Jahre 1986, in welchem damals der Absturz der Raumfähre Challenger und die Reaktorexpllosion von Tschernobyl die Öffentlichkeit in ihrem Glauben an großtechnische Machbarkeiten schockierten.

Obwohl sich mittlerweile die Zielsetzungen des klimaneutralen ökologisch orientierten Umbaus, des sog. öko-emanzipatorischen Projekts (ÖEP) in Regierungsprogrammen wiederfänden, sei nach Blühdorn „das Projekt der ökologisch-emanzipatorischen Avantgarden seinerseits emanzipatorisch überholt und dadurch anachronistisch“ (ebd., Einband). Mit seiner Kritik spannt er einen weiten Bogen zur Theorie der Spätmoderne, ihrer Transformation und der soziologischen Erörterung der (Nicht-)Nachhaltigkeit.

Blühdorn geht bei der Auslotung des Scheiterns der sozialökologischen Transformation davon aus, dass weder die autokratisch-autoritäre Rückwendung noch die grün-kapitalistische Adaption emanzipatorischer Ziele ursächlich in Frage kämen. Stattdessen gerate das Gesamtvorhaben im Rahmen einer ökologischen Paradoxie in unauflösbare performative Selbstwidersprüche: Die Forderung des Schutzes und der Unversehrtheit von Natur und Umwelt sei mit dem Telos der Autonomie des Selbsts oder des Subjekts fundamental unvereinbar. Während die Imperative des Naturschutzes das Subjekt unterordneten und begrenzten, verlange die Vorstellung des autonomen Selbsts dagegen, natürliche Grenzen zu überschreiten und die Natur zu beherrschen. Je mehr emanzipatorische Fortschritte zu verzeichnen seien, desto weiter rückten demnach Naturschutzbelange in weite Ferne. Ein Ich-Ideal, das Selbstverwirklichung anstrebe, distanzieren sich von allgemeinen Imperativen und gesellschaftlichen Autoritäten.

Nach Blühdorn bewegten wir uns gegenwärtig im Rahmen einer „dritten Moderne“ mit einer „Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit“ (ebd., S. 247). Die Krisen und Konflikte mündeten in einem Zustand der Unregierbarkeit, in dem die individuelle Selbstbestimmung in ein Spannungsverhältnis zur „Autonomie des kollektiven Subjekts“ (ebd., S. 251) gerate. Kurzum: „Das kantische Projekt des kollektiven Auszugs aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit und der Glaube an die vernunftbestimmte Welt freier Subjekte erscheint als illusionär, als untragbare Belastung und – mit ihren ökologischen Imperativen, demokratischen Zumutungen und sozialen Verpflichtungen – als inakzeptable Beschränkung aktualisierter Vorstellungen von Freiheit und Selbstverwirklichung“ (ebd.). Aus der Überforderungserfahrung resultiere im Zuge dieser dritten Moderne eine „Agenda der Schließung, Kontrolle, Ungleichheit, Polarisierung und Exklusion“ (ebd.), die ihre Ausdrucksform findet, wenn populistische Bewegungen erfolgreich werden, technokratische Expertenregierungen gefordert werden oder Künstliche Intelligenz das Regiment übernehmen soll. Von Bildungsanstrengungen, die in „anrührender Einfalt“ die „Werte und Glaubenssätze des ÖEP“ (ebd., 360) fortschreiben, ohne zu erkennen, dass die „Basisprinzipien in der Spätmoderne anachronistisch [...], reflexiv modernisiert [...], emanzipatorisch überholt [...] und nachhaltigkeitspolitisch kontraproduktiv geworden sein könnten“ (ebd.). Unter diesem skeptisch desillusionierten Vorzeichen könne es nur noch darum gehen, die zukünftige Gesellschaft widerstandsfähiger gegenüber zu erwartenden Desastern zu machen.

Man mag Blühdorns „Unhaltbarkeit“, wie die anfangs erwähnten „schlechten Nachrichten“, nicht gerade als Erbauungslektüre verdauen, dennoch tragen seine Überlegungen dazu bei, mit der gewissen resilienten Portion einer *theologia crucis* im Gepäck gegenwärtige Entwicklungen in einem abstrakteren Maßstab zu begreifen und nicht auf die falschen Pferde zu setzen.

Dr. Hans Hubbertz, Pfarramt für gesellschaftliche Verantwortung im Verband der Ev. Kirchenkreise Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen

Alberto Acosta

Die Rechte der Natur, das Tor zu einer kopernikanischen Wende

*„Ohne die Rechte der Natur
ist die Freiheit eine Illusion.“*

Klaus Bosselmann

Gehen wir davon aus, dass keine Region, kein Land, kein Meer auf der Erde vor den Schäden des ökologischen Zusammenbruchs sicher ist, der als Rebellion der Erde gegen ein System der Herrschaft und des Todes verstanden werden könnte. Man braucht sich nur lokale Zusammenbrüche anzusehen, wie die brutalen Überschwemmungen in Valencia, Spanien, und die schrecklichen Dürren in den Anden und im Amazonasgebiet, die eindeutig mit den menschlichen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden, die den Klimawandel verursachen, einen der Faktoren des globalen ökologischen Zusammenbruchs.

Im Gegensatz zu den Leugnern erleben wir eine weit verbreitete, vielschichtige, miteinander verknüpfte und systemische Krise, die deutliche Anzeichen für einen zivilisatorischen Zusammenbruch aufweist. Nie zuvor sind so viele Komplikationen gleichzeitig aufgetreten. Und der springende Punkt ist die Erkenntnis, dass die Zerstörung der Natur eine der Hauptursachen, wenn nicht sogar die Hauptursache für dieses Chaos ist.

Aus dieser Sicht zwingt uns die Suche nach strukturellen und radikalen Alternativen dazu, falsche Lösungen – wie die „grüne Wirtschaft“ – beiseite zu lassen, die oft nicht einmal dazu beitragen, die äußerst komplexen Probleme zu flicken, sondern sie sogar noch verschlimmern.

Aus dieser Beobachtung heraus treten die Rechte der Natur immer stärker in den Vordergrund.

Über den eigenen Schatten springen

Die Möglichkeit, dass etwas anderes als der Mensch als Subjekt von Rechten betrachtet werden kann, ist für viele Menschen ein „Unding“. Das ist nicht neu. Im Laufe der Geschichte war jede Ausweitung der Rechte zunächst undenkbar. Erinnern wir uns daran, dass die Urvölker Amerikas nicht nur keine Rechte hatten, sondern dass man ihnen sogar eine Seele absprach. Die Ausweitung der Rechte auf Afroamerikaner, Frauen und Kinder wurde seinerzeit als absurd abgelehnt.

Doch in der Welt, in der wir heute leben, scheint es „normal“ zu sein, dass Unternehmen quasi Menschenrechte genießen. In Ländern wie den Vereinigten Staaten, die für manche ein Vorbild an universeller Gerechtigkeit sind, wurden Ende des 19. Jahrhunderts die Rechte auf private Unternehmen ausgedehnt. Seitdem werden Unternehmen Rechte zugestanden, die mit denen von Menschen vergleichbar sind: das Recht auf Leben, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf

Privatsphäre und so weiter. Und das überrascht niemanden, denn es handelt sich um eine lange Tradition.

Um diesen Irrweg zu überwinden, sollten wir uns daran erinnern, dass der Wunsch, die Natur zu beherrschen, eine lange Geschichte hat. Die Väter des europäischen Rationalismus waren davon überzeugt, dass die Natur gequält werden muss, um ihr ihre Geheimnisse zu entlocken und sie so zu beherrschen. Sie sahen sie auch als eine große Maschine, die Gesetzen unterworfen ist, wie ein Uhrwerk. Alles wurde auf Materie und Bewegung reduziert. Und so postulierten sie, dass der Mensch der Herr und Meister der Natur werden sollte. Diese rationalistische Quelle, die auch tiefe jüdisch-christliche Wurzeln hat, beeinflusste die Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Technologie.

Viele dieser Positionen werden auch heute noch vertreten. Zu erwarten, dass dieser Irrweg verstanden und überwunden wird, kommt daher für viele Menschen der Aufforderung gleich, vor ihrem eigenen Schatten zu fliehen. Und genau darum geht es bei den Rechten der Natur: Wir müssen aus dem Schatten der Moderne fliehen. Nur mit dieser festen Überzeugung werden wir in der Lage sein, die Fehler zu überwinden, die wir seit Hunderten von Jahren mit uns herumtragen. Das ist nicht einfach, denn es ist eine große Aufgabe, die fast

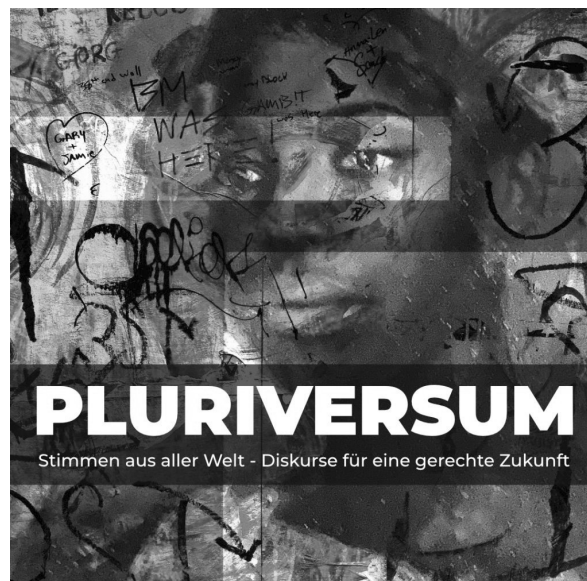
schon offenkundige Wahrheit zu ändern, dass der Mensch eine überlegene Spezies ist, und zu akzeptieren, dass die Natur ein Rechtssubjekt ist.

Ein anderer Blick auf die Welt aus der Sicht der Natur als Rechtssubjekt

Ein anderer Blick auf die Welt aus der Sicht der Natur als Rechtssubjekt

Die Rechte der Natur – die in der Tat eine Art ursprünglicher Rechte sind – sind nicht einfach ein weiteres Rechtsgebiet, dessen Zweck es ist, eine gesunde Umwelt für die Menschen zu gewährleisten; das ist die Aufgabe der Menschenrechte in ihrer Umweltfacette. Die Rechte der Natur sind etwas anderes, sie stellen eine Art große kopernikanische Wende dar.

Immanuel Kant hat dieses Konzept auf dem Gebiet der Philosophie verwendet. Mit den Rechten der Natur stehen wir



vor einer ähnlichen Situation, die sogar noch viel transzendent ist, denn wir müssen akzeptieren, dass wir Menschen nicht am Rande der Natur stehen, dass wir die Natur sind.

Die Annahme, dass die Erde selbst ein Lebewesen ist, bringt uns in Einklang mit vielen bestehenden Visionen auf dem Planeten, wie sie von indigenen Völkern, aber auch von einer wachsenden Zahl von Juristen, Philosophen und sogar Wissenschaftlern vorgeschlagen werden. Und diese Idee breitet sich weltweit immer mehr aus, seit die Natur 2008 in Ecuador erstmals als Rechtssubjekt in der Verfassung verankert wurde; heute gibt es bereits fast 40 Länder, in denen diese Rechte auf verschiedenen rechtlichen Wegen Realität geworden sind, wie in Spanien, Kolumbien, Neuseeland, den Vereinigten Staaten, Indien und sogar in Deutschland (mit zwei Urteilen in Erfurt), um nur einige Beispiele zu nennen.

Seien wir ehrlich, die Natur gibt uns ein Recht auf unsere Existenz. Das ist wichtig, aber es reicht nicht aus. Wenn wir die Tür zu den Rechten der Natur öffnen, bleiben wir nicht im Labyrinth der traditionellen Rechtsprechung, sondern schlagen Veränderungen vor, die es ermöglichen, eine andere Zivilisation aufzubauen: die bereits erwähnte kopernikanische Wende.

Inmitten des gegenwärtigen Klima- und Umweltkollapses ist es höchste Zeit, die Natur als Grundbedingung unserer Existenz und damit auch als Basis für kollektive und individuelle Freiheitsrechte zu begreifen. So wie die individuelle Freiheit nur im Rahmen der gleichen Rechte anderer Menschen ausgeübt werden kann, kann die individuelle und kollektive Freiheit nur im Rahmen der Rechte der Natur ausgeübt werden. Der deutsche Professor Klaus Bosselmann stellt kategorisch fest: „Ohne die Rechte der Natur ist die Freiheit eine Illusion.“

Wenn wir also die Gesamtheit ihrer Komplexität akzeptieren, brechen diese Rechte der Natur mit den Grundfesten der Moderne und öffnen die Tür für eine epistemische Subversion in allen Bereichen des menschlichen Lebens, einschließlich der wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und natürlich rechtlichen Sphären. Ausgehend von diesen Rechten können wir also strukturelle Veränderungen vorwegnehmen, die es uns früher oder später ermöglichen werden, zu anderen zivilisatorischen Horizonten vorzustoßen.

Aber in Wirklichkeit wird es keinen großen Wandel geben, wenn wir nicht gleichzeitig ökologische Gerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit fordern, immer mehr Demokratie in allen Bereichen unseres Lebens, nie weniger.

Alberto Acosta, geb. 1948 in Quito/Ecuador. Ab 1970 Studium in Köln und Tätigkeit als Vizekonsul an der Botschaft von Ecuador. Abschluss als Diplomvolkswirt. 1979 Rückkehr nach Ecuador. Karriere in der Energiewirtschaft, an Unis, in der Politik. Zunehmende Kritik am westlichen Entwicklungsmodell samt „extractivismo“ (Raubbau von Bodenschätzen). 2007 Minister für Energie und Bergbau, Weltweit bekannt geworden als Förderer der indigenen Yasuni-Nationalpark-Initiativen („Lasst das Erdöl in der Erde“). 2008 Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung (Verankerung von „Sumak kawsay“ / „buen vivir“ und der Rechte der Natur). Kommt regelmäßig zu Vortragsreisen nach Deutschland. Auftritte mit der Latino Band „Grupo Sal“ auch im Ruhrgebiet. Zahlreiche Aufsätze und Bücher u.a.: „Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben“ (2015, oekom Verlag); zusammen mit Ulrich Brand „Radikale Alternativen“ (2018, oekom). Mitherausgeber von „Pluriversum. Ein Lexikon des guten Lebens“ (2023, AG SPAK).

Illustration: Grupo Sal, „Projekt Pluriversum“ mit Alberto Acosta u.a.

Robert Bosshard

Artenschutz

Da gab es einst auf der Höhe des Weilers Hattingen am südlichen Rand des Ruhrtals beim Kartoffelfeuer ein paar Brocken Steine, die länger brannten. Kohle war erschienen, was danach zum Gründungsmythos der Industrieregion wurde. Daraus ist heute dort ein stillgelegtes Industriedenkmal hervorgegangen, landschaftlich hervorragend eingebunden.

Anderswo sind danach hunderttausende Kumpel aus der Ethnie der Kruppianer in grenzenloser Bereitschaft auf Pendelleitern Schritt für Schritt, dann durch Förderschächte verfrachtet, nach Untertage gegangen. Man kann sie sich heute im prima pädagogisch aufbereiteten Bergbaumuseum zu Gemüte führen.

Später hatten sich Bergsenkungen, Sümpfe, Seuchengefahren, auch Zusammenbrüche der Kanalisation ergeben. Bis dann, in der Trennung der Köttebäche des regionalen Nordens von der Trinkwasseraufbereitung im Süden, eine Lösung gefunden wurde. Das Ruhrmuseum auf Zollverein präsentiert die Disposition ästhetisch und architektonisch hochprofessionell.

Schließlich die Rodung ganzer Wälder zum Abstützen einbrechender Stollen, der Bau des Kanals als Medium für Massentransporte, und die Zersiedlung der ganzen Region zum Wohnen. Alles an malerischen Radtouren auf umgenutzten Werksbahntrassen nachvollziehbar.

Ganz zu schweigen von der Bewältigung von tausenden übers vergangene Jahrhundert erlittenen sozialen, geopolitischen und ökologischen, eben existenziellen Zusammenbrüchen. Um das zu erinnern gibt es Kunstmuseen in fast allen nennenswerten Ruhrgebietskommunen.

Inmitten der schwerindustriellen Ruinen haben wir uns also in Wohlstand und Frieden auf sauber gemähtem Rasen in regionalhistorische Erinnerungstätte gerettet... reiben uns allerdings angesichts der neuerdings vielerorts ökologisch korrekt wiederverwilderten Brachen, blühenden Reservate und geschützten Biotope verwundert die Augen, da dort im Verhältnis zu der vom Menschen domestizierten Natur offenbar sich eine weit zukunftsreichere Artenvielfalt zu etablieren vermag. Man könnte fast meinen, ein Paradigmenwechsel wäre angesagt: um die Natur dann nicht weiter als Bestandteil der menschlichen Kultur (unseres vernünftigen Wollens) zu begreifen, sondern umgekehrt, das menschliche Können als Geschenk der Natur zu begreifen (und damit auch die Art Mensch vor dem Aussterben zu schützen).



Robert Bosshard, Jg. 1939, Ideologe

Ulrich Häpke

Rechte der Natur, der Verbände oder der Menschen?

Während Teile „der“ Natur in Schutzgebieten vor der kapitalistischen Wirtschaft gesichert werden, soll sich die freie Natur außerhalb der Reservate mit eigenen Klagerechten selbst verteidigen. Was Ökolog:innen fordern, hat das Landgericht Erfurt jetzt in einem Urteil anerkannt:

Der Käufer eines Wohnmobils will Schadenersatz, weil sein Fahrzeug zu viele Schadstoffe ausstößt und beim Verkauf nur noch einen geringen Preis erzielen kann (Urteil⁽¹⁾, Nr.102). Bei der Schadensberechnung hat das Gericht gewürdigt, dass die Abgase die „Eigenrechte der Natur“ verletzen (Nr.25). Seitenlang begründet das Gericht diese Eigenrechte, die in EU- und BRD-Gesetzen nicht vorkommen. Dabei zeigt das Gericht das Besondere der „Eigenrechte“ an fünf Punkten auf: Unversehrtheit, Eigentumsrecht, Staatsaufgabe, Abwägung und Repräsentanz.

1) Unversehrtheit: „Leben und Unversehrtheit“ der Natur seien zu sichern, weil sie „das einklagbare Recht“ habe, dass „ihre Existenz, ihr Erhalt und die Regenerierung ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Entwicklungsprozesse geachtet und geschützt werden“ (Nr.54).

Während die Luft ein Recht auf „Unversehrtheit“ hat, fehlt den Menschen ein Recht auf reine Atemluft: sie müssen mit Grenzwerten leben, die zwar die Abgase begrenzen, aber dazu zwingen, ständig Luftschadstoffe bis zu dieser Grenze einzuatmen. Hat die Luft mehr Rechte als ein Mensch?

2) Eigentumsrechte: Das Gericht billigt „der Natur aufgrund ihrer Ökosystemleistungen Eigentumsrechte zu“, die „im Rückgriff auf die Regel begründet (werden), dass jede Person ein Recht an den Ergebnissen ihres Tuns hat: Wer einen Beitrag zur Wertschöpfung leistet, dem gehört das Produkt dieser Wertschöpfung auch.“ (Nr.55)

Doch für alle abhängig beschäftigten Menschen gilt diese „Regel“ nicht: sie bekommen eben nicht das Produkt ihrer Arbeit, sondern einen Lohn, der nur die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft ersetzt – ihr Arbeitsprodukt gehört dem kapitalistischen Unternehmer.

3) Staatsaufgaben: Dem Gericht zufolge sind „die Eigenrechte von Amts wegen zu berücksichtigen“ (Nr.78). Auch die kommunalen Bauleitpläne sollen von Amts wegen seit 1960 „den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes... dienen“ (§ 1 Abs.5 BBauG). Heute ist ausdrücklich auf „Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt“ zu achten (§ 1 Abs.6 BauGB) – was leider kaum geschieht.

Daher können Umweltverbände seit den 1980ern mit einer Verbandsklage für die Belange der Umwelt vor Gericht streiten. Bürger:innen dürfen das auch, wenn zugleich ihre privaten Rechte verletzt sind. Dank der Aarhus-Konvention wurde die Verbandsklage seit 1998 mehrfach erweitert.

4) Abwägung: Das Urteil bewertet das heutige Umweltrecht „als unzulänglich“: es „weist erhebliche Schutz-

lücken und Schwächen in der Durchsetzung auf... In Abwägungsprozessen treten die Belange des Naturschutzes häufig zurück.“ (Nr.44) Doch warum tritt der Naturschutz zurück? Sollen die „Belange des Naturschutzes“ von der Abwägung ausgenommen werden?

Eine voreilige Kritik: denn sobald ein Eigenrecht der Natur einem anderen öffentlichen oder privaten Belang entgegensteht, muss abgewogen werden. Dass „die“ Natur zurücksteckt, folgt nicht aus der Abwägung als solcher, sondern aus dem Gewicht, das die Gesellschaft der Natur und den anderen Belangen zubilligt. Häufig sind andere Belange wichtiger als die Natur. Das Problem liegt in der gesellschaftlichen Bewertung, die verändert werden muss.

5) Repräsentanz: Die Natur kann nicht selbst zum Gericht gehen: „Das gewichtige Problem der Repräsentanz – wer vertritt die Natur? – ... lässt sich ohne Weiteres rechtstechnisch lösen. Je nach Bedarf kann das Klagerecht Umweltverbänden, spezifischen Gremien oder aber, wie in Ecuador... jedem Menschen – als sog. Popularklage – zugesprochen werden“ (Nr.78)..

Wenn das Klagerecht den Umweltverbänden zugesprochen wird, dann sind die „Eigenrechte“ der Natur dasselbe wie das Verbandsklagerecht, das im Erfurter Urteil verschwiegen wird, aber längst gilt.

Doch Verbände vertreten nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder, sondern müssen auch ihre eigene Existenz und die Jobs ihrer Funktionäre sichern. Wenn Verbände klagen, dann verbinden sie die (gefühlten) Belange der Natur mit ihren eigenen Interessen und denen ihrer Funktionäre. (Wieso haben frühere Funktionsträger von Verbänden heute leitende Posten in Ministerien?)

Interessenkollisionen werden vermieden, wenn das Klagericht demokratisiert und wie in Ecuador jedem Menschen eingeräumt wird. Zudem werden die Belange oder Eigenrechte der Natur nur soweit verfochten, wie sich Menschen für die Umwelt einsetzen, denn wo kein Kläger, da kein Richter. Die drohende Wirkungslosigkeit der Eigenrechte macht ein Satz deutlich: „Es sei betont, dass die Eigenrechte der Natur nicht einer Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems dienen, sondern zu einer Zählung und Einhegung des Kapitalismus und seiner destruktiven Kräfte beitragen sollen“ (Nr.63): ungebremstes Wirtschaftswachstum, nur weniger brutal.

Statt die Eigenrechte als neues Konstrukt in unser Rechtssystem hineinzudrücken, sollte das bisherige Verbandsklagerecht zugunsten der Umwelt erweitert sowie auf Bürgerinitiativen und Bürger:innen übertragen werden – als Menschenrecht auf eine Natur ohne Schäden.

⁽¹⁾LG Erfurt, Urteil vom 17. Oktober 2024 – 8 O 836/22 –, juris; Nummerierungen entsprechend des Urteils

Ulrich Häpke, wünscht sich einen „integrativen“ Naturschutz, bei dem Naturnutzung und Naturschutz miteinander verbunden und nicht gegeneinander ausgespielt werden (Schutz- vs. Schmutzgebiete)

Müzeyyen Dreessen

Interkulturelle Hochbeetgärten – bei Ausbeutung der Natur und Spaltung der Gesellschaft

Die Planungen für das Projekt „Interkultureller Hochbeetgarten“ in dem öffentlichen und zentral gelegenen Jovypark in Gladbeck haben im Herbst 2022 begonnen. Der Park wurde in den Jahren 1924 bis 1926 erbaut und bekam später den Namen des ersten Gladbecker Oberbürgermeisters Dr. Michael Jovy.

Die Initiatorinnen sind Frauen unterschiedlicher Herkunft. Es ist das erste Projekt im Rahmen des Bundesprojektes „Engagierte Stadt“, dem die Stadt Gladbeck beigetreten ist. Das Projekt begann mit zwei Hochbeeten. Mit Förderung des Landes NRW „2000 x 1000 Euro für das Engagement“ und aus dem „Kleinprojektfond Kommunale Entwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konnten weitere drei Hochbeete aufgestellt werden. Bei der Wasserversorgung der Beete kam Hilfe vom KreativAmt direkt gegenüber.



Im Mai 2023 konnten wir den Hochbeetgarten mit unserer Bürgermeisterin Bettina Weist eröffnen. Inzwischen ist die Zahl der Hochbeete mit Unterstützung von lokalen Unternehmen und Geschäftsleuten auf neun gewachsen. Sie alle haben Patinnen und Paten, wie einen Kindergarten, eine Jugendeinrichtung, eine Bildungseinrichtung oder Privatpersonen, die sie bepflanzen, pflegen und ernten. Regelmäßige Arbeitstreffen am Hochbeetgarten jeden Freitagnachmittag und ein jährliches Erntedankfest fördern die Gemeinschaft und werden auch im Stadtteil begrüßt. Inzwischen ist der Hochbeetgarten beim Dachverband „Urbane Gemeinschaftsgärten“ verzeichnet.

In einer Welt, die zunehmend von Umweltkrisen und gesellschaftlicher Spaltung geprägt ist, gewinnen interkulturelle

Gärten an Bedeutung. Diese grünen Oasen bieten nicht nur Raum für die Kultivierung von Pflanzen, sondern auch für den Austausch von Kulturen, Ideen und Werten. Sie sind ein Symbol für Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und die Rückbesinnung auf die Natur. In Zeiten, in denen die Gesellschaft oft polarisiert ist, können solche Gärten Brücken bauen.

Ein weiterer Aspekt der interkulturellen Gärten ist ihre Rolle in der Bildung. Die Ausbeutung der Natur ist ein zentrales Problem unserer Zeit. Die intensive Landwirtschaft, die Abholzung von Wäldern und die Verschmutzung von Böden und Gewässern führen zu einem dramatischen Verlust an Biodiversität. Hochbeetgärten bieten nicht nur die Möglichkeit, gärtnerische Fähigkeiten zu erlernen, sondern auch Wissen über nachhaltige Praktiken und den respektvollen Umgang mit der Natur. Diese Gärten fungieren als Bildungsorte. Die Umweltpädagogin Dr. Anna Becker erklärt: „Gärten sind lebendige Klassenzimmer, in denen Menschen aller Altersgruppen lernen können, wie wichtig es ist, im Einklang mit der Natur zu leben“ (A. Becker, Umweltbildung durch Gärten. Zeitschrift für Umweltpädagogik, 2022) Es ist also mehr als „urban gardening“.

Besonders wichtig ist es uns, dass es sich um einen Ort handelt, der die Möglichkeit eröffnet, über das gemeinsame Tun Zusammenleben gelingen zu lassen. Menschen jeden Alters nutzen den Ort als Anlaufstelle für Gespräche und Austausch. Wir haben bisher keine Zerstörung erleben müssen.

Müzeyyen Dreessen, Dipl. Sozialpädagogin, interkulturelle Frauengruppe Gladbeck, engagiert sich seit Jahrzehnten kommunal und überregional in der interkulturellen und interreligiösen Dialogarbeit, seit April 2021 Trägerin des Bundesverdienstkreuzes.

Nele Dreier

Liebe Leserinnen und Leser!

Heute möchte ich Ihnen näherbringen, warum ich so gerne HGärtnerin. Mein Alltag als Medizinstudentin an der Ruhr Universität Bochum gibt mir nicht so viel Freizeit, aber ich versuche das Bestmögliche aus jedem Tag, aus jedem Monat und aus jedem Jahr herauszuziehen.

Wir alle leben in einer Zeit voller Konflikte, politischen Dissonanzen und der Ausbeutung unserer Natur. Im Alltag werden wir gefordert, Leistung zu bringen, und sind oft fern der Natur.

Wenn ich im Supermarkt einkaufen gehe, muss ich leider immer wieder feststellen, dass viele Lebensmittel ganzjährig, also saisonal unabhängig, zum Kauf angeboten werden. Diese sind regelhaft in Plastik abgepackt und hatten lange Transportwege hinter sich gebracht. Dabei erkennen wir nur in Ansätzen, was die aktuelle Saison zu bieten hat. Wenn wir

im Winter Erdbeeren kaufen können, die nur im Sommer hier in Deutschland wachsen, dann bezweifle ich, ob der Kunde wirklich das ganze Jahr über Erdbeeren kaufen will. Weil Erdbeeren angeboten werden, werden sie auch konsumiert. Sie schmecken aber am besten, wenn sie erntefrisch während der Hauptsaison im Juni auf den Tisch kommen. Dann sollte man dieses Obst genießen und sich auf die nächste Ernte freuen. Erdbeeren in meinem Garten anzubauen, lohnt nicht. Ich habe andere Favoriten.

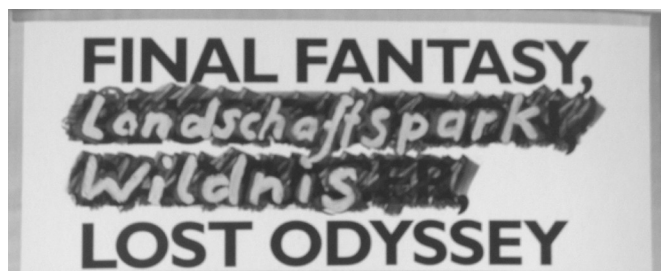
„Wieso gärtner ich gerne?“ Bei Betrachtung der gerade dargestellten Aspekte am Beispiel der Erdbeere, fühle ich mich als Einzelperson dazu verpflichtet, soweit es möglich ist, einen gewissen Anteil Obst und Gemüse selbst anzubauen ohne Fungizide oder Insektizide. Dabei habe ich die Bodenbearbeitung auf ein Minimum reduziert. Das gekaufte Saatgut und das Saatgut, das ich von der vorherigen Ernte aufbewahrt hatte, ziehe ich ab Februar im warmen Wohnzimmer vor. Sobald es die Witterung zulässt, werden die Setzlinge nach draußen in den Garten in die vorbereiteten mit Kompost angereicherten Beete eingepflanzt. Einige Pflanzen wie zum Beispiel die Tomaten brauchen etwas mehr Schutz. Sie werden durch ein transparentes Dach geschützt.

Ich experimentiere gerne, um zu sehen, welche Pflanzen sich in meinem Garten gut kultivieren lassen. Paprika war erneut ein Reiffall. Peperoni hingegen hatten gut angesetzt und eine gute Ernte bereitet. Im Juni gab es die ersten Johannisbeeren. Ab Juli/August startete die Ernte von Äpfeln, Birnen, Mirabellen und Tomaten bis hin zum Herbst. Auch der Salat, die Kürbispflanzen, Zucchini wurden Stück für Stück reif und erntebereit.

Diese Arbeiten im Garten geben mir Ablenkung vom Alltag und tragen zusätzlich dazu bei, dass ich Obst und Gemüse umso mehr schätze und bedachter esse. Nicht nur weil es die eigene Arbeit ist, die hinter all diesen Produkten steckt, sondern auch das Erfahren einer Wachstums- und Erntesaison schafft eine Art von Zufriedenheit, die wir nicht ansatzweise mit dem Einkauf im Geschäft erfahren können. Es gibt mir auch die Gewissheit, das mein Obst und Gemüse nicht „behandelt“ wurde. Es ist frei von sogenannten Pflanzenschutzmitteln: Gärtnern ohne Gift.

Ich hoffe sehr, dass Sie etwas inspiriert worden sind. Nicht jeder hat einen Garten, jedoch kann man auch im Kleinformat auf dem Balkon oder nur auf der Fensterbank sein kleines grünes Paradies schaffen und zumindest Kräuter anpflanzen. Für diejenigen, die genügend Fläche haben, um Gemüse und Obst anzubauen, eröffnen sich Gelegenheiten, dem Alltag zu entfliehen und der Natur näher zu sein.

Nele Dreier: „Dieser Text gibt etwas Auskunft zur Frage wer ich bin.“



Kriegs-Trümmer:

CIJAG und Abrahamsfest in Marl am Ende. Aber etwas Neues kommt 2025.

Die CIJAG (Christlich-Islamisch-Jüdische AG Marl und im Kreis Recklinghausen) engagiert sich seit 1984 in kreativen Netzwerken und Kooperationen für den Frieden in der Stadt und in der Region. Die wohl bekannteste Veranstaltung ist das jährliche Abrahamsfest.

Trotz jahrzehntelangen Anstrengungen und guter interreligiöser Zusammenarbeit haben die Verantwortlichen im Laufe des Jahres 2024 entschieden:

1. Im Herbst 2024 findet kein Abrahamsfest in Marl statt. Zu erklären ist es vorrangig mit der weltpolitischen Lage... besonders der Krieg im Nahen Osten, in Israel und Palästina, seit dem Massaker der Hamas am 7.10.2023 und der israelischen Vergeltung. Diese furchtbaren Ereignisse... haben leider auch Abgrenzendes bei jüdischen und muslimischen Gemeinde-Verantwortlichen hier vor Ort ausgelöst. Dort, wo lange offene Wege waren, sind jetzt Gräben entstanden, die an manchen Tagen breit sind und die bisher so vertrauensvolle, religionsübergreifende Zusammenarbeit unmöglich machen. Vor fast 25 Jahren war auch die Idee des Abrahamsfestes entstanden. Die Aktiven aus den Gemeinden der Christen, der Muslime und der Juden wussten: Gemeinsam feiern macht Freude und verbindet. Die je eigene Tradition einbringen, zu einem festlichen Anlass die andern teilhaben lassen am eigenen kulturellen, religiösen Reichtum nimmt die Angst vor dem Fremden, zumal hier in der Regel alle Generationen beteiligt sind und die Gesellschaft als Familie aufblüht. Wo jeder etwas beiträgt, Musik, Tanz, Poesie, bildende Kunst und Speisen, wird die Parität erfahrbar und überstrahlt die im Alltag allzu oft erfahrene Asymmetrie. Von Anfang an gehörte deshalb gemeinsames Essen – das Abrahams-Gastmahl als festlicher Abschluss im Rathaus – dazu.

2. Abgrenzungen und Sprachlosigkeit haben auch zur Folge, dass die aktuell noch in der CIJAG Aktiven beschlossen haben, das Format CIJAG-Marl zum Ende des Jahres 2024 aufzulösen und damit diese seit 1984 erfolgreiche Geschichte zu beenden. Die Aktiven haben erfahren müssen, dass der gewachsene Dialog unter den Religionen und Kulturen kein Selbstläufer ist, sondern immer neu belebt und von Generation zu Generation weiter entwickelt werden muss. Weil Begegnungen aktuell eigentlich erst recht notwendig sind, bedauern die Aktiven in der CIJAG-Marl das Ende der Arbeitsgemeinschaft sehr. Toleranz, Dialog, Respekt und Kooperationen für gute Nachbarschaft an der Basis vor Ort sind und bleiben eben auch die tragenden Säulen für einen Frieden in der Stadt und im Land.

3. So lautet die Entscheidung der Verantwortlichen: Wir werden „auf der Baustelle das Material für diese Säulen vorfinden, beschaffen und (für Künftiges) sanieren“! Das Material (die Erfahrungen) des interreligiösen Dialogs wird vielfältig (weiter) verwendet: 1.) für Respekt in Vielfalt und guter Nachbarschaft durch beständige Begegnungen der religiösen Gemeinden und ihrer Gläubigen; 2.) für interkulturelles Lernen, besonders im Zusammenleben der Kinder und Jugendlichen in Kitas, Schulen, Jugendclubs u.a. (im weiterhin bestehenden Projekt „Abrahamhaus“); 3.) für Erwachsenenbildung bei öffentlichkeitswirksamen großen Veranstaltungen mit Vorträgen, Workshops u.a....; 4.) für Begleitung und Beratung bei kommunalpolitischen Themen von interreligiöser und interkultureller Bedeutung. Einig sind alle Verbliebenen..., dass es in 2025 Weiteres geben wird. Das „Abrahamhaus“ im Ev. Gemeindehaus der Kulturen soll als Angebot der interreligiösen Begegnung erhalten werden. Das ist schon heute klar! In welchem (weiteren) Format der interreligiöse und interkulturelle Dialog als Initiativangebot der BürgerInnen gestaltet wird, ist offen und wird beraten.

Interessierte können sich gerne bei den SprecherInnen melden: Nazife Günter (musl. Sprecherin, Mail: n.guener@hotmail.de), Lilita Vishnevetska (jüd. Sprecherin, Mail: vishnevetska.lilita@hotmail.de), Beatrix Ries (christl. Sprecherin, Mail: beatrix.ries@posteo.de) – (Pressemitteilung vom Sept. 2024)

Dorothee Schomberg

Natur kann NICHT weg!

Rieselfelder am Nordrand des Ruhrgebiets

Die ehemaligen Dortmunder Rieselfelder auf den Stadtgebieten von Datteln und Waltrop sind schon seit vielen Jahren Objekt der Begierde unterschiedlicher Wirtschaftsförderer, IHK-Chefs und Bürgermeister. Die letzte große Freifläche soll Industrie und Gewerbe geopfert und Natur und Fläche zur Erzeugung von Lebensmitteln somit unwiederbringlich zerstört werden. Für Mensch und Tier ist diese große Fläche als Lebens-, Rückzugs- und Naturraum immens wichtig, gibt es doch keine weitere in der näheren Umgebung.

Ursprünglich knapp 1.000 ha umfassend wurde diese Fläche im Landesentwicklungsplan (LEP) 6 und später im LEP NRW als Fläche für „flächenintensive Großvorhaben“ gewidmet und konkret mit einem Standort für ein mögliches Kernspäter Kohlekraftwerk vorgehalten. War die Mindestgröße für diese Vorhaltfläche in den ersten Planungen noch bei 80 ha, was offensichtlich nicht vermarktbar war, wurden in den weiteren Neuausrichtungen der Landesentwicklungspläne auch Verbundsysteme, bei denen sich mehrere, ähnliche oder aufeinander abgestimmte Unternehmen die Mindestfläche teilen können, und kleinere Mindestflächen in Erwägung gezogen.

Überlegungen der IHK Gelsenkirchen, die den Standort als Sondersteuerzone sahen und auch Tarifautarkie ins Gespräch brachten, wurden durch die zuständigen Behörden als indiskutabel abgelehnt. Gleichwohl wurde eine „newPark“ GmbH gegründet, deren Gesellschafter sich aus einigen kreisangehörigen sowie kreisfreien Städten (z. B. Dortmund, Recklinghausen, Datteln) rekrutierten. Waltrop ist nicht Mitglied der Gesellschaft.

In der Folge verlor die damalige Flächeninhaberin RWE das Interesse an der Fläche, sollte sie doch den rechnerischen Mehrwert ihres Vermögens, der sich durch die Umwidmung der Fläche von landwirtschaftlicher Nutzung in industrielle Nutzung ergab, als Input zur infrastrukturellen Entwicklung der Fläche zur Verfügung zu stellen.

Die gesamten Flächen der ehemaligen Dortmunder Rieselfelder wechselten in den Besitz des Kreises Recklinghausen, der an die RWE den Wert der landwirtschaftlichen Flächen gezahlt hat. Sein getätigtes Investment möchte der Kreis Recklinghausen nun gewinnbringend an geeignete Unternehmen bringen – bislang Gott sei Dank ohne große Erfolge. Aktuell fordert er Millionen an Fördergeldern vom Land NRW für die Erschließung des im Bebauungsplan ausgewiesenen Bereiches.

Der für die Dattelner Fläche aufgestellte Bebauungsplan, in vielen planungsrechtlichen Punkten nicht konform mit den geforderten Vorgaben (u. a. ist eine ausreichende verkehrs-

technische Erschließung nicht nachgewiesen), wird sowohl von der Stadt Waltrop als auch vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) beklagt.

Es werden Flächengrößen von 20 ha (auch im Verbund) bei einer Gesamtfläche von 290 ha aufgerufen, was in direkter Konkurrenz zu den vielen vorhandenen Industriebrachen zu sehen ist. Allein in Datteln werden durch den Rückbau der Kraftwerke 1-3 und zukünftig auch Datteln IV ca. 100 ha Fläche zur Verfügung stehen. Brachflächen dieser Größe gibt es im gesamten Ruhrgebiet zuhauf und eine erneute Nutzung ist in jedem Fall der Nutzung bzw. Zerstörung weiteren Freiraumes vorzuziehen (nachhaltiges Flächenmanagement nennt man das). Brachen sind infrastrukturell als auch verkehrlich erschlossen und müssen nicht erst aufwändig hergerichtet werden, wie die bislang landwirtschaftlich genutzten ehemaligen Rieselfelder.

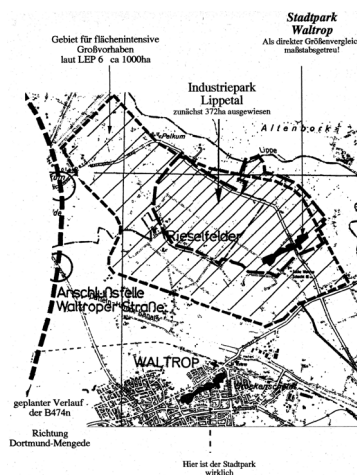
Weder der Kreis Recklinghausen noch die Stadt Datteln oder der Geschäftsführer der newPark Gesellschaft scheinen für derartige Überlegungen zugänglich. Auf einschlägigen Messen – wie zum Beispiel der Expo Real in München – wird jedem, der am Stand vorbei kommt und stehen bleibt, ein newPark-Exposé in die Hand gedrückt und jede verteilte Broschüre als ernsthaftes Interesse von Gewerbe und Industrie gefeiert; und das seit mehreren Jahren schon.

Ende 2023 haben die Stadt Waltrop und der BUND eine andere, nachhaltige Idee in den Ring geworfen und zwar, die gesamten Flächen der ehemaligen Rieselfelder für die Entwicklung eines Energieparks zu nutzen, bei dem auch die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen unter den Photovoltaikmodulen – sogenannte AgriPV – angedacht wird. Darüber hinaus sollen auch einige Windkraftanlagen errichtet werden.

Bei diesem Energiepark wird nicht die nahezu gesamte Fläche versiegelt, das in unmittelbarer Nähe befindliche Naturschutzgebiet „Lippeaue“ nicht durch Emissionen belastet und der Korridor für den Abzug der Luft aus dem Ballungsraum Ruhrgebiet nicht verbaut. Darüber hinaus findet diese Art der Flächennutzung auch die Zustimmung der ansässigen Landwirte. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Genossenschaftsmodellen ist eine weitere Option, die dieses Modell des Energieparks eröffnet.

Für mich eine durchaus bedenkenswerte Alternative zu den Planungen der newPark-Gesellschaft, die sich mir als ein „Weiter wie bisher“ darstellt, ohne Rücksicht auf den Flächenverbrauch und die dadurch bedingte Zerstörung der Natur/Umwelt und vor allem auch der Zerstörung landwirtschaftlicher Existenzen.

Dorothee Schomberg, für den „Waltroper Aufbruch“ im Stadtrat Waltrop, Mitglied BUND, Gründungsmitglied der ehem. BI Grüne Lunge Rieselfelder



Einhard Schmidt-Kallert

Nach der Jahrtausendflut – eine Erzählung aus dem Jahre 2068

Erst Mitte Juni, aber seit Wochen sind die Tage schon morgens um acht tropisch heiß, 27 oder 28 Grad. „Ganz schön warm heute wieder“, begrüßt der Geschichtslehrer Kevin Zander gutgelaunt die 22 Schülerinnen und Schüler seiner 6b am Aussichtspunkt an der Wickenburg in Essen-Frohnhausen. „Alle da? Alle Räder ordentlich abgestellt? Habt Ihr auch alle eure HR-Brillen im Rucksack? Und Elif, Mia und Even, habt Ihr die Klappspaten dabei?“, fragt er pro-forma, denn seine Kollegin, Sema Shawkat, Klassenlehrerin der 6b und Fachlehrerin für Biologie und Klimakunde, hat längst einen Blick auf die Rucksäcke geworfen, nickt nun ihrem Kollegen zu.

„Archäologischer Stadtteilspaziergang – was sich der Zander da wieder ausgedacht hat!“, flüstert Even seinem Freund Moritz zu. Die Gruppe geht jetzt nahe an das Geländer, so dass alle den Geländeeinschnitt überblicken können, der hier in West-Ost-Richtung die Stadt durchzieht. „Was seht Ihr da unten?“ – „Einen Radweg“ – „Lastenräder, Rennräder“ – „den Bach, der sich da durchschlängelt“ – „hinten den Beach-Volleyballplatz“ – „unsere Gemeinschaftsgärten“, sprudeln die Antworten aus den Kindern heraus.

Frau Shawkat hakt nach: „Und was wächst da in der Wickenburg-Schneise?“ – „Spalierobst und rote Weintrauben an den Betonwänden auf beiden Seiten, Pfirsichbäumchen, Orangen-, Grapefruit- und Zitronenbäume, dann Gemüse und Erdbeeren auf den Hochbeeten!“ – „Stimmt alles“, sagt die Biologin, „und war das schon immer so?“ – „Erdbeermarmelade hat mein Opa schon vor über 50 Jahren in seiner Wohngemeinschaft eingekocht.“ – „Aber Apfelsinen wuchsen früher nur in Spanien.“ Und, mit einem Zwinkern in Richtung Ihres Kollegen, ergänzt Frau Shawkat: „Tempranillo-Trauben wuchsen damals nur in Rioja! Jetzt liegt das beste Anbaugelände im Sauerland!“

„Weiß denn jemand von euch, wann dieser Geländeeinschnitt entstanden ist?“, fragt mit nur mühsam unterdrücktem Grinsen Herr Zander, „vielleicht in der Eiszeit? Oder schon im Tertiär? Oder vielleicht sogar in der Zeit der Schuppen- und Siegelbäume?“ – Doch so leicht lassen sich die Elfjährigen nicht aufs Glatteis führen. Mindestens zehn Finger gehen in die Höhe: Hassan antwortet: „Das hier unter uns war früher eine Autobahn, und in der Mitte, da wo jetzt unser Nachbarschaftsgarten ist, da fuhr früher eine U-Bahn... Meine Oma hat mir davon erzählt, die hat mir alles schon mal gezeigt.“ – Leonie ergänzt: „Mein Papa war sogar noch bei der Abschiedsfahrt der U-Bahn dabei...“ – „Vor bald dreißig Jahren“, fügt Herr Zander hinzu, „die U-Bahn brauchen wir schon lange nicht mehr, wir haben ja längst die vollautomatische Kabinenbahn, wenn wir zum Hauptbahnhof oder ins Theater wollen.“

In dem Moment gehen die Köpfe aller Kinder und der beiden Lehrer kurz in die Höhe. Vor dem strahlend blauen Himmel summen gleich drei der bunt lackierten Kabinen vorbei. Nichts Besonderes, jedes Kind hat schon mal mit dem Smartphone so eine Kabine bestellt. Dann hört man wieder die Vogelstimmen aus den Bäumen in der Wickenburgschneise.

„Lasst uns mal die Treppe runtergehen, auf zu unserer archäologischen Forschung!“, fordert Herr Zander die Gruppe auf. – „Dürfen wir denn jetzt unsere HR-Brillen aufsetzen?“, fragt Hassan. „Geduld, Geduld, erst müssen wir graben, das ist Archäologie“, bremst Herr Zander den Übereifer der Kinder. Er führt die Gruppe durch eine Wildkräuterwiese zu den Hochbeeten genau in der Mitte der Wickenburgschneise. Natürlich schwatzen die Kinder, aber wenn mal keiner etwas sagt, hört man das Summen der Bienen und Hummeln.

Inzwischen hat Herr Zander die richtige Stelle gefunden. „Wir müssen natürlich aufpassen, dass wir in dem Beet kein Gemüse zertrampeln...“ Er bleibt stehen: „Hier wächst nur Löwenzahn und etwas Gras, da könnt ihr ruhig graben. Elif, Mia und Even, holt mal die Spaten raus, und fangt hier an zu graben!“ Nach zehn Minuten sind die drei erschöpft und geben die Spaten gerne an drei andere ab; und nach nochmal zehn Minuten kommt die zweite Ablösung dran: „Herr Zander, da ist was Hartes, mindestens so hart wie der Spaten!“, ruft Sohel ganz aufgeregt. – „Super, Ihr Hobby-Archäologen, dann versucht mal vorsichtig in derselben Tiefe ein bisschen Fläche freizulegen. ... Ja, so..., genau!“ – Jetzt haben die Schüler ein kreisrundes Loch von 60 Zentimeter Tiefe gegraben und im Sonnenschein sind deutlich verrostete Stahlteile zu erkennen. „Was seht Ihr?“, fragt Herr Zander. – Mia meldet sich: „Eine U-Bahn-Schiene!“ – „Viel besser“, verkündet Herr Zander sichtlich stolz: „Das ist ein Stück von einer Weiche!“

„So, jetzt haben wir den archäologischen Nachweis, was hier früher mal los war“, fährt Herr Zander fort. „Aber nun braucht ihr sicher erst mal eine sinnliche Vorstellung davon, wie es hier mal ausgesehen hat. Setzt bitte alle eure HR-Brillen, eure Historic-Reality-Brillen auf. – Ja so.“ Und er murmelt, während er an seiner eigenen Brille ein paar Kontakte antippt: „Ich nehme für euch alle dieselbe Einstellung vor: 15. Juni 2023, Haltestelle Wickenburgstraße in Essen-Frohnhausen. Alles klar?“

Diesmal stellt Herr Zander keine Lehrerfragen. Denn nun sind die Schüler und Schülerinnen der 6b plötzlich mittendrin. Sie sehen, sie hören, sie riechen, und sie bekommen eine belegte Zunge. Und was sie sehen: Gleich hinter dem U-Bahn-Gleis die Autobahn, dann die Betonwände, keine Bepflanzung, kein Strauch, nichts. Dafür rast gleich hinter dem Bahnsteig ohne jede Abtrennung Auto an Auto vorbei, Lastwagen an Lastwagen, dröhnender Straßenlärm, eine viel befahrene Autobahn eben, die A 40. Die U-Bahngleise sind einfach auf dem Mittelstreifen der Autobahn verlegt. Einige Kinder versuchen, sich die Ohren zuzuhalten. Geht aber nicht, der Lärm lässt sich nicht so einfach abstellen. Moritz will eine seiner aufmüpfigen Bemerkungen loswerden, aber Even hört nichts. „Vielleicht sollten wir mal versuchen, hier Stille Post zu spielen?“, schreit er schließlich Even ins Ohr. Der versteht leider immer noch nichts. Und dann der Gestank, nach Diesel, Benzin und wer weiß nach was sonst noch. Und der Staub, der macht die Zunge ganz taub. „Können wir aufhören?“, schreit

Sohel nach zwei Minuten Herrn Zander ins Ohr. Ob der Lehrer wirklich nichts gehört hat oder nur so tut? Schließlich, nach unendlichen vier Minuten, die Erlösung: Herr Zander stellt das Programm auf den HR-Brillen ab. Die Kinder sind erleichtert, müssen sich erst mal erholen von dem, was sie gerade gehört, gesehen, gerochen und geschmeckt haben. Herr Zander stellt immer noch keine Fragen.

Dafür bestürmen die Sechstklässler ihren Geschichtslehrer nun mit Fragen: „Das war so furchtbar, das kann man ja kaum fünf Minuten aushalten... Haben sich die Menschen denn damals nicht beschwert? Haben sie gar nichts gegen den Lärm gemacht?“ Und Leonie will wissen: „Und die Politiker damals, haben die denn nichts unternommen? Herr Zander, Sie haben uns doch selbst erklärt, dass damals schon das Eins-Komma-fünf-Grad-Ziel galt, von ganz vielen Staaten unterschrieben, auch von Deutschland! Wann war das noch mal, 2010, oder 2020?“

Herr Zander räuspert sich, nach einer Weile antwortet er schließlich: „2015 in Paris wurde das Eins-Komma-fünf-Grad-Ziel verbindlich. Und in den zehn, 20 Jahren danach wurde viel darüber gesprochen, viel diskutiert, wie das Ziel zu erreichen sei...“ – Timo hakt nach: „Warum wurde die Autobahn nicht einfach für Autos und Laster gesperrt?“ – „Das traute sich damals keiner. Jedenfalls noch nicht. Weniger Autos, weniger Lastwagen auf den Straßen, weniger Fahrspuren, weniger Parkplätze und weniger Autobahnen – das alles konnte sich in den 20er Jahren kaum jemand vorstellen. Die meisten Politiker lachten über solche spinnerten Ideen...“

Herr Zander blickt in ungläubige Gesichter. Was er da gerade erzählt hat, können sich Elfjährige im Jahr 2068 offensichtlich kaum vorstellen. Da hat er eine spontane Idee: „Kommt noch mal mit mir nach oben auf die Aussichtsplattform.“ Oben angekommen, erklärt der Lehrer: „Das hier war früher nicht nur der Eingang in die U-Bahn, sondern auch eine Auffahrt auf die Autobahn A 40. So, setzt bitte noch einmal eure HR-Brillen auf!“

Herr Zander nimmt eine neue Einstellung vor: 12. November 2023. Nieselregen und Novemberstimmung. Die Kinder trauen kaum dem, was sie mit eigenen Augen durch ihre Brillen sehen und hören: Lärm auch hier, lautes Autohupen aus allen Richtungen, lauter jedenfalls als alle Motorengeräusche. Auf der Mitte der Kreuzung sitzen schweigend acht oder neun Jugendliche, vor sich Plakate „Wir sind die letzte Generation!“ Sie haben sich auf dem Asphalt festgeklebt, können ohne Hilfe nicht mehr vom Fleck. Polizisten in Kampfanzügen haben sich im Kreis um die Jugendlichen aufgebaut. Einige der Polizeibeamten versuchen, die festklebenden Demonstrantinnen ganz vorsichtig von der Fahrbahn zu lösen.



Die ersten Autofahrer und Autofahrerinnen steigen wutentbrannt aus ihren Autos, viele aus unförmigen SUVs, einige schreien die Demonstranten an. Und pöbeln sogar gegen die Polizei. Stimmen gehen durcheinander, nur einzelne Sätze sind zu verstehen: „Kann die Polizei das Gesocks nicht

schneller abräumen? Unsereins muss schließlich zur Arbeit!“ – „Wofür zahlen wir eigentlich unsere Steuern?“

Wieder schließt Herr Zander nach einigen Minuten das Programm auf den HR-Brillen. „Und wer hat damals gewonnen, die Letzte Generation oder die Autofahrer-Lobby?“ Die Schüler und Schülerinnen der 6b schauen sich ratlos um. Wer von ihnen kennt noch stinkende Benzin- und Dieselaautos oder gar SUVs? Außer im Museum, im Ruhrmuseum zum Beispiel oder im Haus der Geschichte? Höchstens die paar Nachbarschaftsautos, aber die haben alle Elektroantrieb. Und Lieferdienste nutzen hauptsächlich Lastenfahräder oder diese kleinen ferngesteuerten Transportkapseln, die man hin und wieder auf Essener Straßen sieht.

Waren die Demonstrationen 2023 nun der Anfang vom Ende der Autofahrgesellschaft? Oder doch nicht? Herr Zander gibt selbst die Antwort: „Es wurde viel gestritten über die Verkehrswende, damals vor mehr als 40 Jahren, es wurden neue Radwege gebaut, ja, aber es wurden immer noch neue Benzin- und Diesel-Autos verkauft und zugelassen...“ – „Am Ende wurde das Eins-Komma-fünf-Grad-Ziel glatt verfehlt, weltweit, und wir in Deutschland hatten unseren Anteil daran“, ergänzt seine Kollegin Sema Shawkat, „Anfang 2024 lag die weltweite Durchschnittstemperatur zum ersten Mal zwölf Monate lang 1,5 Grad höher als in vorindustrieller Zeit, und seit 2035 hatten wir kein Jahr mehr mit niedrigeren Durchschnittstemperaturen.“

„Irgendwas verstehe ich nicht“, wendet Elif ein. „Wir sind die letzte Generation, hatten die Demonstranten damals gerufen, aber das stimmt überhaupt nicht. Wir sind längst die übernächste Generation, und leben doch auch noch!“ – „Vielleicht sogar besser als eure Großeltern und Urgroßeltern, nur hat das wenig mit der Politik in Deutschland zu tun“, klinkt sich Frau Shawkat wieder ein. „Sondern mit der Jahrtausendflut von 2054, als der Meeresspiegel so stark angestiegen war, dass gleichzeitig zehn Megastädte unbewohnbar wurden.“

„...als halb Lagos überflutet wurde. Meine Eltern haben immer wieder erzählt, wie sie und ihre Nachbarn in letzter Minute mit einem Schlauchboot gerettet wurden...“ ergänzt Oji aus der 6b, „meine große Schwester war auch schon dabei, hatte gerade Laufen gelernt, erzählt meine Mutter immer...“

Sohel denkt an seine eigene Familiengeschichte: „...Mein Vater war Fischer in den Sundarbans, mein Opa auch, und eigentlich waren alle Männer in unserer Familie schon immer Fischer gewesen... Wir lebten in einem Dorf mitten in den Mangroven... Davon ist nichts mehr übrig, an dem Tag, als die große Flut kam, war mein Opa noch mit seinem Boot unterwegs, auf Fischfang. Am Ende wurde er mit einem Hubschrauber rausgeholt.“

„Genau“ fasst Herr Zander zusammen, „die Flutkatastrophe war der Anstoß zum Umdenken. Weltweit. Die UNO organisierte die Verteilung von Millionen obdachloser Flutopfer. Man könnte sagen, das erste Mal in der Geschichte nahmen fast alle Regierungen die Resolutionen der UNO ernst. Deutschland nahm zwei Millionen Umweltflüchtlinge aus Bangladesch, Nigeria und vielen anderen Ländern auf.“

Einhard Schmidt-Kallert lebt (mit Unterbrechungen) seit 1967 im Ruhrgebiet und seit 33 Jahren in Essen-Frohnhausen.

Anna Kaliga

Klimaneutralität – Emscher-Lippe-Region macht sich auf den Weg Bericht über eine Bildungsveranstaltung im Juni 2024

14 Teilnehmer*innen machten sich vom 10. bis 14.06. auf den Weg, um mehr über die Initiativen der Emscher-Lippe-Region zu Nachhaltigkeit und Klimaneutralität zu erfahren und persönliche Handlungsansätze mitzunehmen.

Nach einem Einstiegsvortrag durch Prof. Dr. Frithjof Küpper, Klimaforscher an der Universität von Aberdeen und gebürtiger Marler, zu den dramatischen Auswirkungen der Industrialisierung und unserer aktuellen Lebensweise auf das Klima sowie Prognosen für die weitere Entwicklung ging es zur Biologischen Station Kreis Recklinghausen. Hier wurde aufgezeigt, welche Rolle die auch in unserer Region bereits gefährdete Biodiversität für die Erhaltung des Klimas spielt. Eine Führung durch den Garten bot Anregungen zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität im eigenen Lebensraum. Die besonderen Eigenschaften von Kopfweiden könnten auch in der Emscher-Lippe-Region eine gute Alternative zur schnellen Aufforstung darstellen.

Am Dienstag ging es um neue Energieträger. Die Stadtwerke Herten informierten uns über den Stand des Ausbaus der Photovoltaik. Fragen zu Kosten, Anschlüssen und Verfügbarkeiten wurden kritisch diskutiert. Aufschlussreiche Daten und Fakten machten deutlich, dass die Umstellung auf klimafreundliche Energieträger Unternehmen wie die Stadtwerke nicht nur vor technische Herausforderungen stellt, sondern einen Wandel der bisherigen Rolle vom Versorger zum Erzeuger erfordert. In Zeiten von Fachkräftemangel eine besondere Herausforderung.

Am Nachmittag widmete sich die Gruppe im Anwerdzentrum H2Herten dem Thema Wasserstoff. Nach einem Fachvortrag zu Vorzügen, aber auch den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen bei der Gewinnung von grünem Wasserstoff, erhielten die Teilnehmer*innen bei einem Rundgang Einblicke in die Herstellung, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff. Ein Überblick über die Forschung bezüglich Herstellung und Nutzung von grünem Wasserstoff verbreitete Optimismus in der Gruppe.

Der Mittwoch stand unter dem Thema Ernährung. Auf dem Schulbauern- und Naturschutzhof Recklinghausen wurde den Teilnehmer*innen bewusst gemacht, welche Auswirkungen die konventionelle Lebensmittelproduktion und die Ernährungsweise auf den weltweiten CO₂-Ausstoß haben und wie mit kleineren Veränderungen jede*r einen erheblichen Beitrag zur Einsparung leisten kann. Im hofeigenen Kräuter- und Gemüsegarten konnten konkrete Anregungen eingeholt werden. Besonders beeindruckend: der Neubau eines klimaneutralen Hofgebäudes, welches ausschließlich aus Naturstoffen errichtet wird.

Im Wasser- und Naturerlebnispark Emscherland Castrop-Rauxel ging es dann um das Thema Boden. Bei einer Führung mit Emscherguide Rainer Oligmüller und Winzerin Tina Krachten erhielten wir Einblicke in die Funktionen des Bo-

dens, wie es um den Zustand des Bodens steht und warum Renaturierungsvorhaben wie im Emscherland von entscheidender Bedeutung sind, um Klimaveränderungen erfolgreich zu begegnen und wie der Klimawandel Weinanbau in der Emscher-Lippe-Region begünstigt.

Am Donnerstag stand bei Evonik im Chemiepark Marl das Thema Wasserstoff besonders im Fokus. Die Standortleitung und ein Fachreferent zeigten auf, welche enormen Herausforderungen das Ziel Klimaneutralität für einen international agierenden Konzern darstellt und in welchem Spannungsverhältnis von europäischen Vorgaben, nationaler Gesetzgebung, enormer Nachfrage und momentan begrenzten Ressourcen und Zugängen sich das Unternehmen bewegt und dabei wirtschaftlich profitabel bleiben muss. Neben Projekten zur Verfügbarmachung von Wasserstoff wurde auch das eigene Innovationspotential bei der Entwicklung zukünftiger Technologien und Materialien beim Ausbau der Wasserstoffversorgung aufgezeigt. Zum Abschluss erhielten wir die Möglichkeit, uns die Größe des Chemieparks bei einer Rundfahrt mit Besuch der Aussichtsplattform bewusst zu machen. Nebenbei gab es weitere Informationen zur Entwicklungsgeschichte des Chemieparks und zum Zusammenwirken der zahlreichen Unternehmen.

Zum Abschluss der Tagung schauten die Teilnehmer*innen auf das Thema Klima und die Frage der persönlichen „Resilienz in Krisenzeiten“ (mit der Psychologin Verena Sanders und Prof. Dr. Frithjof Küpper).

Anna Kaliga, Bildungsreferentin von Arbeit&Leben des DGB NRW; örtlicher Kooperationspartner: VHS „die insel“ Marl. Gefördert wurde dieser Bildungsurlaub auch von der Bundeszentrale für Politische Bildung. (etwas gekürzt durch AMOS)

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
- Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an **AMOS**, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Markus Wissen und Ulrich Brand

Kapitalismus am Limit

Krise und Überwindung der imperialen Lebensweise

Wer im Jahr 2050 auf die Mitte der 2020er Jahre zurückschaut, dürfte angesichts der klimapolitischen Tatenlosigkeit dieser Jahre nicht eben wenig Wut verspüren. Idealerweise wird sie oder er aber auch die Keimzellen der Veränderungen zum Guten entdecken, die sich in den Folgejahren ausbreiten sollten.

Hatte das Jahrzehnt noch einigermaßen hoffnungsvoll unter dem Eindruck einer erstarkten Klimabewegung begonnen, so flaute die klimapolitische Dynamik im Zuge der Coronapandemie und des russischen Kriegs gegen die Ukraine innerhalb weniger Jahre ab. Getrieben von einer erstarkenden autoritären Rechten agierten die bürgerlichen Parteien in Europa bestenfalls zaghaft bis ängstlich. Schlimmstenfalls machten sie bereits erreichte Fortschritte rückgängig. Gleichzeitig kriminalisierten sie Klimaprotest und schotteten sich durch die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gegenüber denen ab, die ihre Heimat auch wegen der durch die Klimakrise verursachten Schäden verlassen mussten.

Wie war das möglich? Wie konnte selbst eine Partei wie die deutschen Grünen, die mit dem Rückenwind der Klimabewegung 2021 ihr bis dahin bestes Bundestagswahlergebnis eingefahren hatte und zweitstärkste Kraft einer selbstdeklarierten „Fortschrittskoalition“ geworden war, den Rückschritt mitgestalten?

Beginnen wir mit der imperialen Lebensweise. Als solche bezeichnen wir Produktions- und Konsummuster, die wegen ihrer Rohstoff- und Emissionsintensität nicht verallgemeinerbar sind. Sie basieren darauf, dass Menschen und Natur übermäßig ausgebeutet und Menschenrechte vielfach verletzt werden, nicht nur, aber insbesondere im globalen Süden. Zudem werden viele Probleme wie Treibhausgasemissionen oder nicht mehr verfügbare Rohstoffe auf künftige Generationen verschoben.

Ein Beispiel ist die Automobilität. Autos verbrauchen sowohl bei der Herstellung als auch bei der Nutzung Rohstoffe und produzieren Emissionen. Dass sie heute an manchen Orten der Welt in großem Umfang produziert und gefahren werden, ist aus sozial-ökologischen Gründen nur deshalb möglich, weil dies an anderen Orten nicht geschieht, weil sich die Autonutzung auch im globalen Norden höchst ungleich gestaltet und weil auf die Rechte künftiger Generationen keine Rücksicht genommen wird. Wäre die Autodichte weltweit so hoch wie heute in Deutschland, vor allem in den wohlhabenden Teilen der hiesigen Bevölkerung, dann wären viele nicht-erneuerbare Rohstoffvorkommen bereits erschöpft, und die Klimakrise hätte den Punkt ihrer Beherrschbarkeit längst überschritten.

In den Ländern des globalen Nordens hat sich die imperiale Lebensweise nach dem Zweiten Weltkrieg gesellschaftlich verallgemeinert. Es sind folglich diese Länder, die auch am stärksten zur ökologischen Krise beigetragen haben und deshalb unter dem Gesichtspunkt globaler Gerechtigkeit gefordert wären, ihren Naturverbrauch drastisch und auf schnellstem Weg zu reduzieren. Dass das nicht geschieht, verweist auf die tiefe Verankerung der imperialen Lebensweise in den (partei-)politischen Orientierungen, staatlichen Institutionen, Unternehmen, Infrastrukturen, Alltagspraktiken und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen.

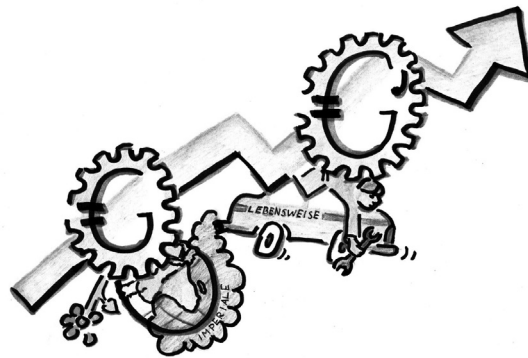
Die imperiale Lebensweise ist eine Frage internationaler ebenso wie innergesellschaftlicher Herrschaft. Innergesellschaftlich sind es zum einen die rohstoffintensiven, fossilen Kapitalfraktionen, die sich den nötigen Veränderungen widersetzen. Dazu gehört ganz entscheidend die Autoindustrie, deren Interessen im deutschen Bundesverkehrsministerium

bestens aufgehoben sind. Zum anderen wird die imperiale Lebensweise in den gesellschaftlichen Alltagspraktiken reproduziert. Sich mit dem Auto fortbewegen, Fleisch aus der industriellen Landwirtschaft essen oder mit dem (Billig-)Flieger in den Urlaub jetten zu können, entspricht den dominanten Vorstellungen eines guten Lebens. Es ist zugleich das – nicht notwendigerweise intendierte – Resultat vergangener sozialer Kämpfe, in denen die Subalternen den Herrschenden eine Beteiligung an den

Wohlstandszuwächsen abgerungen haben, die der Kapitalismus ermöglicht. Oft ist es aber auch alternativlos. Wer auf dem Land lebt, wo unter einem neoliberalen Spardiktat soziale Infrastrukturen zurückgebaut wurden und vielleicht nur zweimal am Tag der Bus fährt, ist auf das Auto angewiesen.

Dass sich die imperiale Lebensweise im globalen Norden etablieren konnte, ist der Möglichkeit geschuldet, ihre sozial-ökologischen Kosten zu externalisieren. Das ist die internationale Dimension des Herrschaftsverhältnisses, das der imperialen Lebensweise zugrunde liegt. Sie beinhaltet, dass deren Kosten anderen aufgebürdet werden: den Arbeiter*innen, die im globalen Süden die Rohstoffe für den globalen Norden extrahieren, den philippinischen oder rumänischen Krankenschwestern, deren Migration den Pflegenotstand in Deutschland lindert und gleichzeitig die Sorgekrise ihrer Heimatländer verschärft, den indigenen Gemeinschaften, denen durch die Inwertsetzung der Ressourcen und Senken ihrer Territorien die Lebensgrundlage entzogen wird.

Die imperiale Lebensweise war über viele Jahrzehnte hinweg hegemonial: Sie ermöglichte die Bearbeitung des Klassenwiderspruchs im globalen Norden und brachte die Schattenseiten einer herrschaftsförmigen Weltordnung dort,



»... konsumtive Lebensweise (W) wurde Krisenkit & Kompromiss nach Kämpfen«

wo sich deren Vorzüge konzentrierten, zum Verschwinden. Wenn man so will, normalisierte die imperiale Lebensweise den Imperialismus.

Dies funktionierte so lange, wie die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften auf ein weniger entwickeltes bzw. nicht-kapitalistisches Außen zugreifen konnten, in dem sie sich Natur ebenso wie bezahlte und unbezahlte Arbeitskraft aneigneten. In den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts wurde jedoch immer deutlicher, dass diese Voraussetzung nicht länger gegeben war, denn mit der globalen Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise wurden auch deren Widersprüche manifest: Länder wie China hatten sich zu geopolitischen und -ökonomischen Großmächten entwickelt. Als solche fungierten sie nicht länger als das Außen des globalen Nordens, sondern wurden ihrerseits davon abhängig, auf ein Außen in anderen Teilen des globalen Südens zugreifen zu können.

Dieses war in den 2020er Jahren folglich zunehmend umkämpft: Alte und neue kapitalistische Mächte stritten um die Reduktion von CO₂-Emissionen, das heißt um den Zugriff auf Senken wie den Regenwald, und darum, wer die Reparatur der klimakrisenbedingten Schäden zu finanzieren habe. Nicht zuletzt stritten sie um Ressourcen, die – wie grüner Wasserstoff, Lithium, Kupfer oder Seltene Erden – für eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus für unentbehrlich gehalten wurden, deren Verwendung unter Wachstumsbedingungen sie aber schnell zu einem knappen Gut machte. Der Kapitalismus brach nicht zusammen, aber er näherte sich dahingehend seinem Limit, dass die negativen Voraussetzungen und Folgen der imperialen Lebensweise immer weniger externalisiert werden konnten.

International nahmen öko-imperiale Spannungen zu. Auf nationaler Ebene erodierte die materiellen Grundlagen von Klassenkompromissen. Das verschaffte autoritären Kräften Aufwind, die die imperiale Lebensweise nach außen und innen exklusiv abzusichern versuchten und dabei die bürgerlichen Parteien vor sich her trieben. Nicht nur die dringende nötige Bearbeitung der ökologischen Krise geriet dadurch ins Hintertreffen. Auch die liberale Demokratie als die dem Kapitalismus lange Zeit adäquate Staatsform wurde Stück für Stück demontiert.

Das blieb nicht unwidersprochen. Die Bewegung für Klimagerechtigkeit veränderte ihre Strategien, weil zuvor selbst so einsichtige Forderungen wie ein Tempolimit auf Autobahnen keine Chance auf Umsetzung gehabt hatten. Breite Bündnisse wurden mit Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen geschmiedet, nach dem Vorbild der Kampagne „Wir fahren zusammen“ von Fridays for Future und der Gewerkschaft ver.di. In der zweiten Hälfte der 2020er Jahre nahmen Forderungen nach und Erfahrungen mit Vergesellschaftung zu. Die Berliner Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ setzte sich gegen alle Widerstände durch und bewirkte, dass große private Wohnungskonzerne vergesellschaftet wurden. Damit schuf sie die Grundlage für die sozial-ökologische Transformation einer wichtigen Infrastruktur.

Die individuelle Automobilität, auch in ihrer elektrifizierten Variante, wurde immer weiter zurückgedrängt. Elon Musk

hatte längst bereit, die Produktion der gesellschaftlich völlig unnötigen Teslas in Grünheide begonnen zu haben. 2030 zog er sich kleinlaut auf den Mars zurück und wurde nie wieder gesehen. Die Beschäftigten produzieren seither einen elektrisch betriebenen Fahrzeugtyp, der sich vor allem als Sammeltaxi großer Beliebtheit erfreut. Gesellschaftlicher und individueller Wohlstand wurden vom kapitalistischen Wachstumszwang und von der Profitmaximierung entkoppelt. Das Wirtschaften orientierte sich an demokratisch ausgehandelten Bedürfnissen und ökologischen Notwendigkeiten. Arbeitszeiten wurden verkürzt, Arbeitsbedingungen verbessert und notwendige Arbeit gerecht verteilt.

Die radikaleren Teile der Klimabewegung ließen in ihrem Kampf gegen fossile Energieträger nicht nach. Ende der 2020er Jahre erreichten sie ihr Ziel: Die Förderung von Kohle, Öl und Gas endete. Die fossilen Unternehmen wurden rechtskräftig zu umfassenden Klimareparationen in den Ländern des globalen Südens verurteilt. Die Vermögenden wurden mit einer hohen „Zukunftssteuer“ zur Mitfinanzierung des Gemeinwesens und zu einem solidarischen Umgang mit den Folgen der Klimakrise verpflichtet. Die imperiale Lebensweise war Geschichte und wurde als solche fortan auch in den Schulen unterrichtet – auf dass nie wieder jemand auf die Dummheiten des fossilen Zeitalters hereinfallen würde.

Bei dem Beitrag handelt es sich um die gekürzte Version eines Textes, der in der Zeitschrift Politische Ökologie, Nr. 178, 2024, erschienen ist.

Ulrich Brand ist Professor für internationale Politik an der Universität Wien, Markus Wissen ist Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Ihr neuestes Buch, Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven, erschien 2024 im Oekom-Verlag, München.

Lesetipps

Pluriversum – Ein Lexikon des Guten Lebens für alle

Hrsg. Ashish Kothari, Ariel Saïleh, Arturo Escobar, Federico Demaria, Alberto Acosta

Neu-Ulm 2023, AG SPAK Bücher, 326 S., ISBN 978-3-945959-67-1

In dem „Lexikon des guten Lebens für alle“ namens „Pluriversum“ schreibt Cormac Cullinan einen Eintrag zu „Rechte der Natur“. Die Rechtssysteme müssten die Natur als eigenständiges Rechtssubjekt anerkennen – z. B. wie es 2008 in der Verfassung von Ecuador festgehalten ist. Er schreibt, um auch „das menschliche Wohlergehen zu fördern, indem sie für Integrität und Vitalität der ökologischen Gemeinschaften, in die sie eingebettet sind, stärken.“ Soziale Bewegungen können sich auf die Rechte der Natur berufen, Verfahren einleiten und Umweltschäden auch juristisch angehen.

Das Buch „Pluriversum“ enthält viele komprimierte Artikel zu allen Stichworten des universalen Anspruchs auf besseres Leben, mit Kritik an den herrschenden Globalisierungs-Zuständen von 123 AutorInnen. Das ist alles alphabetisch geordnet, so dass eine leichte Suche ermöglicht wird.

Die WissenschaftlerInnen und engagierten PraktikerInnen beschränken sich mit ihren Erläuterungen zu den jeweiligen Stichworten auf rund zwei Buchseiten mit wenigen weiteren Literaturangaben. Allen Artikeln ist gemeinsam der aufrüttelnde Anspruch, zum kommenden „guten Leben“ beizutragen, alle zu unterstützen, die dies Ziel auf verschiedenen Wegen anstreben. Gute Beispiele, scharfe Kritiken an falschen Alternativen bei Entwicklung und Wirtschaften kennzeichnen die internationale Autorenschaft aus vielen Ländern der Erde. Ein fortschrittliches Lexikon, das auf jeden Schreibtisch, in jede Initiative gehört. *Rolf Euler*

Rechte für Flüsse, Berge und Wälder – Eine neue Perspektive für den Naturschutz?

Hrsg. Matthias Kramm

München 2023, oekom verlag, 112 S., ISBN 978-3-98726-039-1

Stefan Acar

Was bedeutet „Nachhaltigkeit“?

In der Berufsschule bekam ich im Fach Wirtschaft als Hausaufgabe die Frage gestellt „Was bedeutet Nachhaltigkeit?“. Der Duden zeigt folgende Bedeutungen auf:

1. längere Zeit anhaltende Wirkung
2. a) forstwirtschaftliches Prinzip, nach dem nicht mehr Holz gefällt werden darf, als jeweils nachwachsen kann;
- b) Prinzip, nach dem nicht mehr verbraucht werden darf, als jeweils nachwachsen, sich regenerieren, künftig wieder bereitgestellt werden kann.⁽¹⁾

Hausaufgabe erledigt, aber ich war nicht zufrieden damit, also recherchierte ich weiter: Bei den Vereinten Nationen ist die Agenda 2030 zu finden, welche eine Auflistung von 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ist bzw. „ein globaler Plan zur Förderung nachhaltigen Friedens und Wohlstands und zum Schutz unseres Planeten.“⁽²⁾ Das SDG Nummer 8 hat den Titel „menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“. Dort wird erklärt, was es für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum braucht, nämlich Menschen mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen, die die Wirtschaft stimulieren und gleichzeitig die Umwelt nicht belasten.⁽³⁾

An dieser Stelle lohnt sich ein Blick auf das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und seine Funktionsweise, nämlich den Kapitalismus. Wirtschaftswachstum bzw. der expandierende Verwertungskreislauf des Kapitals kann mit folgender „Formel“ kurz dargestellt werden: $G - W - G'$. Kapital in Form von Geld (G) wird in Waren (W) investiert, um auf dem Markt mehr Geld (G') zu realisieren.⁽⁴⁾

In diesem System ist die Produktion von Waren und Dienstleistungen nur ein notwendiges Übel, um die Verwertung von Kapital in Gang zu halten, d.h. um aus Geld mehr Geld zu machen. Die Waren werden nur hergestellt, weil es dafür einen „Markt“ gibt, der Gewinne (G') abwirft. Dies bedeutet, dass die Produktion gewinnorientiert und nicht bedürfnisorientiert ist. Das ist der sogenannte „Fetischcharakter der Warenproduktion“: Entscheidend ist die Erfüllung des abstrakten inhaltsleeren Selbstzwecks der Geldvermehrung und nicht die Befriedigung von Grundbedürfnissen.

Des Weiteren kennt der Verwertungskreislauf des Kapitals keine Grenzen, da jede Endsumme eines Kreislaufs das Anfangskapital für die nächste Runde ist, d.h. jede Kapitalverwertung zieht sofort den Zwang nach sich, das vermehrte Kapital neu anzulegen. Ein logisches Ende gibt es dabei nicht.

In der Realität bedeutet es, dass bei der Warenproduktion die Produktion erhöht werden muss, d.h. es werden immer mehr Ressourcen benötigt (z.B. Rohstoffe, Maschinen, etc.), um mehr Waren herzustellen, die dann wiederum mehr Gewinn (G') generieren.⁽⁴⁾ Das Problem dabei ist, dass wir in einer endlichen Welt leben und jedes Wachstum somit an seine Grenzen stößt (s. z.B. „Grenzen des Wachstums“ vom Club of Rome⁽⁵⁾).

Die steigende CO_2 -Konzentration als Abfallprodukt heizt dabei den Treibhauseffekt des Planeten Erde immer weiter bis zum Klimakollaps auf und zerstört in Folge dessen die Lebensgrundlage der menschlichen Spezies.

Zu sehen ist das am „Earth Overshoot Day“, der den Tag markiert, an dem die Menschheit alle natürlichen Ressourcen, die die Erde innerhalb eines Jahres zur Verfügung stellen kann, aufgebraucht hat. Im Jahr 2024 war der Tag am 1. August.⁽⁶⁾ Dies ist in keiner Weise nachhaltig, da die Menschheit ab dem Tag quasi auf Kredit lebt.

Hinzukommt, dass die innere Schranke des Kapitals zeigt, dass das Kapital nicht nachhaltig zu sich selber ist: Menschen verrichten Arbeit, um aus Rohstoffen Waren mit einem höheren Wert zu produzieren. Von den verkauften Waren wird ein Teil von G' als Lohn („Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft“) an die Menschen abgegeben. Wenn dann mehr und mehr Menschen durch Maschinen aus dem Verwertungskreislauf verdrängt werden („Rationalisierung“), können sie sich keine Waren mehr leisten. Produzierte Waren, die nicht gekauft werden können, dienen nicht der Kapitalvermehrung und generieren kein neues G' . Somit zieht sich das Kapital den Boden unter den Füßen weg („Unterminierung der eigenen Verwertungsgrundlage“).⁽⁴⁾

Wie gezeigt kann das Wohlstandsversprechen des Wirtschaftswachstums rein logisch unter kapitalistischen Bedingungen nicht nachhaltig sein. Kapitalistisches Wachstum wird umgekehrt die Grundlage menschlichen Wohlstands und Lebens zerstören.

In Anlehnung an Karl Marx bezeichnete der Philosoph Kohei Saito die Sustainable Development Goals (SDGs) als neuzeitliche Version des „Opium des Volkes“, die die Dringlichkeit der Klimakrise verschleiern. Zudem müsse erst die Ursache des Klimawandels verstanden werden, damit die Menschheit das Problem an der Wurzel packen könne, um dann eine nachhaltige Gesellschaft bilden zu können.⁽⁷⁾

Vielleicht leistet dieser Text einen kleinen Beitrag zum nötigen Verständnis. Ob der Menschheit noch Zeit für eine vernunftbegabte friedliche Transformation der Gesellschaft gegeben ist oder ob sie sich mit Kriegen und/oder dem Klimakollaps auf den Friedhof der Evolution befördert, ist die Frage für eine andere „Hausaufgabe“.

⁽¹⁾ <https://www.duden.de/rechtschreibung/Nachhaltigkeit>; letzter Zugriff 18.07.2024

⁽²⁾ <https://unric.org/de/17ziele/>; letzter Zugriff 18.07.2024

⁽³⁾ <https://unric.org/de/17ziele/sdg-8/>; letzter Zugriff 18.07.2024

⁽⁴⁾ Tomasz Konicz, Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft, 2016

⁽⁵⁾ <https://www.swr.de/wissen/faq-grenzen-des-wachstums-club-of-rome-100.html#recht>; letzter Zugriff: 18.07.2024

⁽⁶⁾ <https://www.wwf.de/earth-overshoot-day/>; letzter Zugriff 30.10.2024

⁽⁷⁾ Kohei Saito – Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus,

Ulrich Grober

Bonhoeffers Optimismus

Wir alle sind mit „Luthers Apfelbäumchen“ groß geworden. Der Spruch war im Kalten Krieg der 1950er Jahren populär. In den Öko-Bewegungen der 70er erlebte er ein Comeback. „Und wenn morgen die Welt unterginge, so wollen wir doch heute noch unser Apfelbäumchen pflanzen,“ so Martin Luther. – Nö, von Luther stammt der Spruch nicht. Martin Schloemann, Theologe in Bochum und Wuppertal, gestorben 2022, hat akribisch nachgewiesen: Der Spruch kommt aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, nämlich aus der Bekennenden Kirche. Er verbreitete sich in kleinen Kreisen, als Naziherrschaft, Holocaust und Krieg in ein einziges Inferno mündeten. Den Spruch Luther unterzuschieben, war eine List. Es war damals nämlich riskant vom „Untergang“ zu reden, statt Sieg heil zu brüllen, vom „Bäumchenpflanzen“ zu reden statt vom Panzerbau.

In dieser verzweifelten Lage wurde es zu einer existenziellen Notwendigkeit, Zuversicht, Hoffnung und Optimismus radikal zu hinterfragen und neu zu denken. Nicht den Wortlaut, aber den Geist der Sentenz vom Apfelbäumchen hat der Theologe und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer unter extremen Bedingungen gelebt und neu ausformuliert, zu Neujahr 1943, vier Monate vor seiner Verhaftung durch die Gestapo wegen seiner Unterstützung der Attentatspläne gegen Hitler. Das maschinengeschriebene Skript mit der Überschrift „Nach zehn Jahren“ zirkulierte in wenigen Exemplaren im Kreis um Bonhoeffer. Nach Kriegsende tauchte es wieder auf. Heute liegt es in der Staatsbibliothek Berlin. Ich zitiere ein paar Sätze:

„Es ist klüger, pessimistisch zu sein... Optimismus ist in seinem Wesen keine Ansicht über die gegenwärtige Situation, sondern er ist eine Lebenskraft... eine Kraft der Hoffnung, wo andere resignieren... eine Kraft, Rückschläge zu ertragen. Eine Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner lässt, sondern sie für sich in Anspruch nimmt. Den Optimismus als Willen zur Zukunft soll niemand verächtlich machen, auch wenn er hundertmal irrt... Mag sein, dass der Jüngste Tag morgen anbricht. Dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen. Vorher aber nicht.“

Zu Weihnachten 1944 hat Bonhoeffer in der Todeszelle des Gestapokellers in der Berliner Prinz-Heinrich-Straße dieser Haltung dichterischen Ausdruck verliehen. Der Text ist dem Brief an seine Verlobte Maria von Wedemeyer angefügt: „Von guten Mächten wunderbar geborgen / erwarten wir getrost, was kommen mag“. Das Trostlied gehört heute zu den Lieblingsliedern nicht nur im deutschen Sprachraum. Der Autor hatte noch gut drei Monate zu leben. Im April 1944 wurde Dietrich Bonhoeffer im KZ Flossenbürg hingerichtet. Ist das die endgültige Widerlegung seines Optimismus? War dieser nur ein leerer Wahn?

Ich gebe zu bedenken: Nur wenige Tage später war das Dritte Reich am Ende. Nur vier Jahre später, 1948, bringt die gerade gegründete UN die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ auf die Weltbühne. Ihr Kern ist die Würde des Menschen.

Ich interpretiere: Bonhoeffers Optimismus, seine Zuversicht ist eine Sicht. Und zwar eine Sicht auf etwas Zukünftiges. Also auf etwas, was man noch nicht sieht, von dem unklar ist, wie es beschaffen sein wird, wie es zum Durchbruch kommt. Zuversicht ist eine Sichtweise, die zu dem, was man vor Augen hat, also zur „gegenwärtigen Situation“, in einem direkten Widerspruch stehen kann. Wir haben den Horror der Gegenwart vor Augen. Trotzdem – oder gerade deswegen – imaginieren und entwerfen wir Möglichkeitsräume für „das gute Leben“ in einer nachhaltigen Zukunft. Der Umgang mit Widersprüchen macht Zuversicht so komplex, so spannend, so kühn.

Optimismus heißt nicht: Die Augen verschließen vor der multiplen Krise und ihren Kollapserscheinungen. Vielmehr bedeutet es: Die Augen weiter zu öffnen, das größere Bild, das große Ganze zu sehen. Es bedeutet, den Tunnelblick, der einzig und allein auf die Probleme und Krisen fokussiert ist, zu überwinden, um den Reichtum an kreativen Lösungen und Potenzialen wahrzunehmen und zu nutzen. „Tunnelblick“ ist übrigens ein Wort aus der Fachsprache der Augenheilkunde. Dort wird es definiert als „krankhafte Einschränkung des Blickfelds“.



Alfred Hrdlicka, Porträt Dietrich Bonhoeffer, 1977, Marl, Creiler Platz, Foto: Werner Eisbrenner

Bonhoeffers Optimismus ist eine Grundeinstellung zum Leben, zur Welt, zur Zukunft. Oder wie man heute sagt: ein Mindset, eine willentliche Setzung. „Optimismus als Willen zur Zukunft“ meint: Mit der Kraft des Verstandes, ohne Illusionen selbst den schlimmsten Horror analysieren – und dann all seine Willenskraft, seine positive Energie, seine kühnsten Träume und Visionen mobilisieren, um ihn zu besiegen.

Zu verblüffend ähnlichen Gedanken kam der italienische Revolutionär Antonio Gramsci. Im Kerker Mussolinis, todkrank, hielt er an seinem Motto fest: „Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens“. Und dann ist da noch die uralte rabbinische Weisheit: „Ich bin Realist, ich glaube an Wunder.“

Ulrich Grober lebt in Marl (am Rande der Seweso 3 Zone). Bonhoeffer bewundert er seit seinem Konfirmandenunterricht in Lippstadt. Sein aktuelles Buch „Die Sprache der Zuversicht“ erschien 2022 im oekom Verlag, München

Susanne Grube

Gegen die Zeit geplant

Es gibt sie im Ruhrgebiet und überall in Deutschland: überdimensionierte, umwelt- und klimaschädliche, überflüssige und unwirtschaftliche Straßenplanungen, an denen wider alle Vernunft festgehalten wird. Als besonders krasses Beispiel einer solchen Planung soll hier die sog. „Küstenautobahn“ A 20 im Nordwesten der Republik vorgestellt werden.

Der geplante, 200 km lange Neubau zwischen Westerstede in Niedersachsen und Bad Segeberg in Schleswig-Holstein verläuft parallel zu vorhandenen Autobahnen. Im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) aus dem Jahr 2016 ist die A 20 das Verkehrsprojekt mit dem größten Umweltschaden. Dennoch wurde sie in den sog. „vordringlichen“ Bedarf eingestuft, was den eigenen Kriterien des BVWP widerspricht. Zweifelhaftes Hilfs-Kriterien für diese Einstufung waren die Hinterlandanbindung der Seehäfen und die Raumwirksamkeit. Für die Hinterlandanbindung verläuft die ostwest gerichtete A 20 in verkehrter Richtung. Die Raumwirksamkeit ist nicht gegeben und bedeutet mehr Nachteil als Nutzen für die regionale Wirtschaft.



Im BVWP wird ihr Umweltschaden mit 760 Mio. Euro beziffert und bezieht sich nur auf Abgase und Lärm.⁽¹⁾ Nicht berücksichtigt sind die Zerschneidung und Beeinträchtigung nationaler und europäischer Schutzgebiete, die Zerstörung historischer Wälder oder auch die Neuzerschneidung und Entwertung von 19.000 ha verkehrsarmer, unzerschnittener Räume, die für den Erhalt der biologischen Vielfalt – unserer Lebensgrundlage – so wichtig sind. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind der Flächenverlust von fast 2.000 ha durch den Autobahnbau, ungelöste Probleme beim Schutzgut Wasser und noch vollkommen ungeklärte artenschutzrechtliche Probleme. Da ist es nur konsequent, dass das Umweltbundesamt in seiner Stellungnahme⁽²⁾ zum BVWP vorgeschlagen hat, die A 20 neben weiteren Projekten aus dem vordringlichen Bedarf zu streichen.

Zudem ist sie in hohem Maße klimaschädlich. Als längstes Neubauprojekt des gesamten BVWP würde sie zu den höchsten Anteilen an induziertem Verkehr und damit an zusätzlichen Treibhausgas-Emissionen führen – laut BVWP 90.000 t CO₂ jedes Jahr. Weit über die Hälfte der geplanten Trasse führt durch Mooregebiete. Mit der Überbauung kohlen-

stoffreicher Böden betoniert sie das Potenzial, klimaschädliche Gase festzulegen, förmlich zu. Beim Aushub des Torfes für den Bau würde in großem Umfang CO₂ freigesetzt⁽³⁾ und stünde damit in krassem Widerspruch zu nationalen und internationalen Klimaschutzziele.

Wie sieht es denn mit dem wirtschaftlichen Nutzen aus? Das Verhältnis von Nutzen zu Kosten entscheidet über den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen. Laut einer Datenanalyse mit aktualisierten Kostensätzen⁽⁴⁾ ergibt sich ein negatives Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) von -2,09. Das heißt, jeder in den Bau der A 20 investierte Euro verursacht Kosten in Höhe von 2,09 Euro. Das Bundesverkehrsministerium geht selbst davon aus, dass Projekte erst ab einem NKV von 1 bauwürdig sind. Danach ist sie das in keinem Fall. Diese Autobahn ist laut Bundesverkehrsministerium nicht nur das umwelt- und klimaschädlichste Verkehrsprojekt Deutschlands, es bahnt sich auch ein wirtschaftliches Desaster an!

Im Bundesverkehrswegeplan ist der Neubau von über 850 km Autobahn geplant (plus ca. 3.000 km Bundesstraßen)⁽⁵⁾, 200 km davon sind der A 20 zuzuordnen. Viele weitere Kilometer sind im gesamten Land geplant – besonders auch im Ruhrgebiet. Dabei haben wir bereits rund 13.000 km Autobahnen und rund 38.000 km Bundesstraßen in Deutschland. Vor allem aber müssen bundesweit gut 11.000 Brücken auf Autobahnen und Bundesstraßen saniert oder ersetzt werden⁽⁶⁾. Sanierung und Substanzerhalt müssen vor Neubau gehen.

Die Zahl der jährlichen Hitzetoten⁽⁷⁾ in Deutschland übersteigt inzwischen die Zahl der Verkehrstoten⁽⁸⁾. Die biologische Vielfalt, die die Menschheit zum Überleben braucht, schwindet in unvorstellbarer Geschwindigkeit. Die A 20 wird diese Katastrophen beschleunigen – und ist dabei total unwirtschaftlich. Aus gutem Grund wird seit weit über 20 Jahren beharrlich Widerstand gegen die A 20 geleistet: Für keinen der 18 Planungsabschnitte liegt vollziehbares Baurecht vor. Sie darf nicht gebaut werden, wie auch viele andere Autobahnen. Wir brauchen eine ehrliche, klima- und sozialgerechte Mobilitätswende – im Nordwesten und überall!

⁽¹⁾ <https://www.bvwp-projekte.de/strasse/A20-G10-NI-SH/A20-G10-NI-SH.html>

⁽²⁾ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/dokumente/stellungnahme_des_umweltbundesamtes_zum_entwurf_des_bundesverkehrswegeplans_2030_mit_umweltbericht_anhang_a.pdf

⁽³⁾ Laut Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren der Abschnitte 1 und 2

⁽⁴⁾ <https://www.transportenvironment.org/de-deutschland/articles/wie-das-verkehrsministerium-mit-veraltetem-daten-plant>

⁽⁵⁾ <https://www.bund.net/themen/mobilitaet/infrastruktur/>

⁽⁶⁾ <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/marode-autobahnbruecken-verkehrsministerium-rechnet-zahl-klein/>

⁽⁷⁾ https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/H/Hitze/erkrankheiten/Bericht_Hitzemortalitaet.htm

⁽⁸⁾ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/185/umfrage/todesfaelle-im-strassenverkehr/>

Susanne Grube ist Diplom-Biologin, seit über 20 Jahren gegen die A 20 aktiv, Sprecherin des Schutz- und Klagefonds gegen die A 20, Vorsitzende des BUND Ammerland.

Peter Lindner

Natur als „Gesetz“.

Paradebeispiel Jahnstadion in Marl

Wie ist Stadtplanung mit Nachhaltigkeit/Natur-Erhalt zu verbinden? Ein Paradebeispiel läuft derzeit in Marl. Denn der Deutsche Werkbund hat im Oktober 1959 auf einer berühmten Tagung in Marl dazu aufgerufen: „Natur ist Gesetz“ – gemeint: mit Natur ist nicht zu spielen. „Stopp mit Landfraß zugunsten weiterer Bebauungen!“

Vorgeschichte:

Marl, die „Industriestadt im Grünen“ hat seit Anfang des 20. Jahrhunderts eine Tradition der Verschmelzung von Grünräumen und Stadtentwicklung. Dies wird z.B. deutlich an den Zechensiedlungen, die sich am Gartenstadtdenken orientierten und wo auch die Wohnstraßen Straßenbäume bekamen und am Rappaportplan, der für Marl die „Landstadt“ propagierte: Wälder und Äcker sollten erhalten, Bachtäler von Bebauung freigehalten werden. Auch in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg war die Siedlungsentwicklung von Durchgrünung und innovativen Bauten geprägt. Marl war damit jahrzehntelang beispielhaft für in den jeweiligen Epochen aufkommende städtebauliche Konzepte.

Paradebeispiel:

Ein bemerkenswertes architektonisches Beispiel für die Verschmelzung einer großflächigen Infrastruktur mit dem vorhandenen Naturraum ist das Jahnstadion. **AMOS** berichtete mehrfach über den Kampf der Bürgerinitiative gegen die Abrisspläne. Anlass für den Bau dieses Stadions waren die sportlichen Erfolge des TSV Marl-Hüls zu Anfang der 60er Jahre. Dieser stark von Beschäftigten im Bergbau geprägte Amateurverein mit überwiegend ortsansässigen Spielern spielte von 1960–1963 in der Oberliga-West (vor Gründung der Bundesliga eine höchste Spielklasse in der Bundesrepublik).

Das nach dem Entwurf des Architekten Aribert Riege errichtete Jahnstadion ist in vieler Hinsicht vorbildlich:

- Das neue Stadion wurde auf der Fläche des bisherigen Stadions errichtet, ohne die angrenzende Wohnbebauung und das umgebende kleine Wäldchen zu beeinträchtigen.
- Das Stadionoval (Spielfläche und umgebende Laufbahn) wurde auf einem Niveau 6 m unterhalb der Geländeoberkante der Umgebung errichtet. Der Übergangsbereich zwischen Geländeneiveau der Umgebung und Niveau der Spielfläche erlaubte es, rund um das Stadionoval Steh- und Sitzplatztribünen zu errichten, ohne dass hierfür Wälle oder Hochbauten erforderlich wurden.
- Das Stadion ist nur durch einen unauffälligen Metallgitterzaun von der Umgebung getrennt und damit durchsichtig. Optisch verschmelzen das Stadion und der umgebende Wald.
- Eine Überdachung (beschränkt auf die Sitzplatztribüne) wurde durch Übernahme eines für den Brückenbau entwickelten Konstruktionsprinzips ohne den Bau von Wänden möglich. Das Tribünendach hängt an Stahlseilen von zwei 32 m hohen Pylonen.
- Hochbauten sind auf ein Minimum beschränkt: fünf Toiletten- und Kassenhäuschen sowie eine Zugangsbrücke zu den

Kabinen der Sportreporter unter dem Tribünendach. Symbolträchtig wurden Baumfällungen auch dadurch vermieden, dass das Dach eines der Toilettenhäuser unter Einbeziehung über 100 Jahre alter Bäume konstruiert wurde. Umkleideanlagen für die Sportler sind in der angrenzenden Schule integriert.



Foto: Peter Lindner, 1.12.2024

- Spieler und Fahrzeuge können den Innenraum des Stadions durch eine Rampe und einen Tunnel unter der Stehplatztribüne erreichen. Für Zuschauer gibt es insgesamt 48 Ein- und Ausgänge, die es erlauben, das Stadion im Notfall innerhalb von fünf Minuten zu entleeren.

Das Stadion wird derzeit nur vom Baseballverein SlyDogs genutzt. Für diesen Sport ist die Tieflage des Stadions ideal, da so die Umgebung auch ohne hohe Zäune vor hochfliegenden Bällen geschützt ist.

Ausgelöst durch einen Antrag des Deutschen Werkbundes hat das zuständige Landesdenkmalsamt im April 2022 in einem ausführlichen Gutachten die kulturelle, technische und baugeschichtliche Bedeutung des Jahnstadions gewürdigt und vorgeschlagen, das ganze Jahnstadion unter Denkmalschutz zu stellen. Nach jahrelangem Einsatz der Bürgerinitiative für den Erhalt von Wald und Stadion und einer spektakulären Wende der SPD hat der Rat der Stadt im September 2022 zwar beschlossen, vorherige Wohnbauungspläne aufzugeben, im Dezember 2023 aber leider auch mit großer Mehrheit den Denkmalschutz abgelehnt.

Es gibt aber auch weiterhin Vorstöße (CDU, FDP), das Jahnstadion zu überbauen. In einer sog. „Ersteinschätzung“ eines von der Stadt beauftragten Sachverständigen, werden die baukulturellen Stärken des Jahnstadions zwar benannt, ein Denkmalwert aber nur für das Tribünendach anerkannt. Die Absicht der Stadt, das Denkmalgutachten des LWL zu widerlegen, kann – mangels Gegenargumenten – als gescheitert angesehen werden.

Britta Porbadnik

Hausverbot – Innenansichten aus einer ZUE

„Mein Name ist Britta Porbadnik und ich bin Unterstützerin der Geflüchteten in der Stadt Marl.“ So begannen hunderte meiner Briefe an Ämter, Institutionen, Behörden, Arbeitgeber, Vermieter, Firmen und Gerichte. Seit 2014 bin ich aktiv, um Menschen mit Fluchterfahrung zur Seite zu stehen.

Viele haben mir ihr Vertrauen geschenkt und so konnte ich oftmals helfend ihren Weg in unsere Gesellschaft begleiten. Ich bin sehr stolz auf die Menschen, die es mit unserer (ich war ja nicht allein aktiv) Hilfe geschafft haben, ihr Leben in unserer Mitte zu gestalten.

Ab 2019 kamen Geflüchtete nicht mehr in der „Willkommenskultur“ der Bevölkerung an, sie wurden willkürlich in zentralen Unterkünften der Bundesländer untergebracht (ZUE). Dort ist Ehrenamt ungern gesehen, eher als feindlich und gefährlich eingestuft! (AMOS hat vielfach berichtet.)

Wir (MarlFin, Marler Flüchtlingsinitiative) blieben aktiv, um den Menschen Unterstützung zu bieten. Wir wussten nicht, auf welche Hürden und Gegenwehr wir uns mit unserer guten Absicht einlassen mussten!

Die ZUE einfach betreten, dürfen wir nicht, das Gelände ist umzäunt und von einem Wachdienst „geschützt“. Die Zugangsberechtigung erhalten Ehrenamtliche nur nach Erfüllung von ca. 8 Vorgaben der Bezirksregierung Münster. Wie z.B. Anmeldung 24 Std. im Vorfeld, Uhrzeit, Anliegen, Ansprechpartner, „großes polizeiliches Führungszeugnis“ und weitere Hindernisse.

Ein Beirat, der auch eine Form von Mitsprache hätte? Nein, das geht nicht! Einfache Hilfe und Gespräche mit den Flüchtlingen? Nein, das geht nicht! Kontakt zum Sanitätspersonal, Ärzten, Betreuern? Nein, das geht nicht! Deutsch sprechen lernen für Kinder und Erwachsene? Nein, das geht nicht! Angebote, das Leben in Deutschland und die Menschen kennenzulernen? Nein, das geht nicht! An dieser Stelle könnte ich die Liste fast endlos erweitern, weil eigentlich nichts geht!

Dennoch haben wir mit der Unterstützung der Marler Gemeinde St. Josef ein Angebot für die BewohnerInnen initiiert. Gemeinsam veranstalten wir „Tea & Talk“, um in freundlicher, angenehmer Atmosphäre ihre Sorgen, Nöte und Anliegen mit uns zu teilen und Hilfe zu suchen.

Bereits der Alltag in der ZUE ist hart:

Die geflüchteten, teils schwer traumatisierten Menschen leben monate-, oft jahrelang, in einem veralteten Bürogebäude, das nur mit einem „lustigen“ Innenanstrich auf den Fluren in Bereiche eingeteilt wurde. Frauen in grellem Pink, Männer in Blau.

8-Bett-Zimmer, Doppelstockbetten, ein Spint, wie man ihn aus Umkleiden kennt, keine Gardine oder Verdunkelung (Abschirmung) der Zimmer, keine Privatsphäre, kein Schutz,

kein „Zuhause“. Die Belegung nimmt keine Rücksicht auf Ethnie, Religion oder Nationalität.

Die Mahlzeiten, getaktet wie in einem Krankenhaus, müssen gemeinsam in der alten Kantine eingenommen werden. Einmal in der Woche wird das tiefgekühlte Essen von der Bayerischen Wurst- und Fleischwaren Fabrik angeliefert. Die „Küche“, die den Hygienestandards in keinem Fall entspricht, taut nur auf und erwärmt. Auch die Spülküche entspricht in keiner Weise den hygienischen Vorgaben und beheizt auch direkt die Toilette des Personals. O-Ton der Küchenleitung: „Da müsste die Bezirksregierung mal Geld in die Hand nehmen.“

Im Oktober 2024 erhielt ich nun von der Bezirksregierung Münster ein sofortiges Hausverbot mit der Androhung einer ständigen Entziehung. Was war passiert?

BewohnerInnen der ZUE haben nur eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung. Als examinierte Krankenschwester hatte mich ein Mitarbeiter der ZUE um Unterstützung bei Arztbesuchen für zwei Familien mit gesundheitlichen Problemen gebeten (das mache ich regelmäßig).

Am Eingang lief ich durch das normale Procedere (Personalausweis abgeben, Besucherausweis anclipsen). Den Mitarbeiter, mit dem ich verabredet war, konnte ich nicht sofort finden. Die Küchenleiterin jedoch lud mich zu einem Rundgang in ihren Bereich ein. Ein Wachmann der Fa. Security Kötter im Haus war darüber offenbar nicht informiert, hatte mich im gesamten Gebäude gesucht und baute sich bedrohlich vor mir auf: „Er müsse mich jetzt eigentlich sofort vom Gelände entfernen!“ Er war für kein erklärendes Wort mehr ansprechbar. Die Beschwerde über mich wurde an der Leitung der Einrichtung vorbei direkt nach Münster zur Bezirksregierung weitergeleitet.

Nach diesem Vorfall bin ich nun „Beschuldigte“ in einer Anhörung nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen. Niemand sagt mir, wessen ich beschuldigt werde. Ich soll mich schriftlich äußern. Alle meine Bemühungen, etwaige Missverständnisse durch ein persönliches Gespräch aus dem Weg zu räumen, scheiterten. Nein, jetzt läuft es nur über Stellungnahmen und Einlassungen. Eine Dezernentin der BR beschäftigt sich mit meinem „Fall“.

Solange Bezirksregierungen derart viel Energie und Kosten aufwenden, um den Menschen, die sie „verwalten“, keine Unterstützung aus der Zivilgesellschaft zu gestatten, wird Integration bei uns TOTREGIERT. Aber es zeigt uns ehrenamtlich Tätigen, dass unser Einsatz weiterhin wichtig bleibt. Wir handeln nach dem Prinzip der Menschlichkeit.

Britta Porbadnik, „Pottkind mit Leidenschaft für das Leben, mein Verlangen ist die Freiheit, meine Passion ist die Gerechtigkeit, meine Liebe ist die Menschlichkeit, ehrenamtlich seit 10 Jahren in der Hilfe für Geflüchtete und Hilfesuchende aktiv“

Ute Mark / Almuth und Hartmut Dreier

Menschenort 62

„Agora“ Ickern: Erika Römers interkulturelles Frauentheater

Wir treffen Erika Römer, Theaterpädagogin, vor dem Tor des Kultur- und Bildungszentrums Agora, dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Zeche Viktor in Ickern, heute im Besitz der griechischen Gemeinde, des Trägers des Vereins.

Eingebettet in einen Grüngürtel mit Kinderspielplatz und Spazierwegen auf der einen und alten Bunkeranlagen auf der anderen Seite liegt hier das alte nebst einem neuen Gebäude („Café“), beide sehr rege genutzt für vielfältige Aktivitäten und Projekte: Bildungsarbeit, Integrations-Sprachkurse, Jugendarbeit oder einfach ein Ort, um sich mit anderen zu treffen.

Der Blick fällt auf ein Amphitheater im Außengelände. Hier macht uns Erika aufmerksam auf eine Gedenktafel für den leider verstorbenen Vorsitzenden des griechischen Vereins Spyros Papaspyrou, dessen Verdiensten für Aufbau und Entwicklung des Zentrums seit 1982 – und auch die Förderung der Theaterarbeit – höchste Anerkennung gebührt.

Hier hat Erika vor über 25 Jahren ihre Theaterarbeit mit griechischen Frauen begonnen, die als „Gastarbeiterinnen“ in der Textilindustrie oder mit ihren im Bergbau/Stahl beschäftigten Männern ins Ruhrgebiet gekommen waren. Viele von ihnen waren der Anwerbung ins Ruhrgebiet gefolgt, in einer optimistischen Aufbruchsstimmung aus eigener dramatischer Existenznot.

„Damals waren wir die Fremden“ hieß das erste Stück der Theatergruppe „Odysseus Schwestern“, die die Handlung aus ihren eigenen biographischen Erfahrungen entwickelten und ihre Geschichte vor ihrer Ankunft in Deutschland erzählten. Auch deutsche Frauen wirkten mit und zwei der jungen stellten Griechinnen dar, die im gleichen Alter auswanderten. Dieses erste Stück war ein großer Erfolg, der auch die Anerkennung der Männer fand, die den Theater spielenden Frauen gegenüber zunächst skeptisch waren, sich aber durch die Geschichten tief berührt fühlten.

Es folgte die Aufführung weiterer Stücke, selbst entwickelt und mit biographischem Schwerpunkt. Dass auch deutsche, türkische, polnische und russische Frauen in die Gruppe kamen, machte die Stücke vielschichtiger und kam dem Perspektivenwechsel als Prinzip der Inszenierungen entgegen. Auch Gemeinsamkeiten zeigten sich: deutsche Frauen mit Vertriebenen-Geschichte am Ende des 2. Weltkrieges hatten ähnliche Fremdheits- oder Diskriminierungserfahrungen gemacht und blickten auf eine ähnliche Vergangenheit in einer landwirtschaftlichen Selbstversorgungswirtschaft zurück.

Aber auch klassische griechische Dramen waren schon auf dem Programm: Lysistrata und Prometheus, als Mitmach-

theater u.a. mit Grundschulkindern, als winterliches Feuer-spektakel aufgeführt an verschiedenen Stellen des Freigeländes. Oder auch eine Neuinterpretation des Odysseus-Stoffs, erst als Projekt mit einer Förderschule, dann als Stadtteilprojekt. In dieser umgebürsteten Version suchte Penelope ihren

Mann im ganzen Viertel, ein griechisch-deutsches Paar spielte König und Königin der Phäaken und eine interkulturelle Band sorgte für Musik.

Wie lassen sich unter diesen multikulturellen Voraussetzungen die sprachlichen Probleme auf der Theaterbühne praktisch bewältigen? Die Texte werden in beiden Sprachen gesprochen, griechisch und deutsch, und manchmal helfen Pappschilder mit deutscher Übersetzung.



Zum 25-jährigen Bestehen von „Odysseus Schwestern“ wurde am 4. November 2024 der bewegende Dokumentarfilm „Sofia & Stella – Zwei Erzählungen vom Dort im Hier“ im voll besetzten Rathaussaal in Castrop-Rauxel uraufgeführt. Er handelt von einer Film-Studienreise der beiden Protagonistinnen mit Erika Römer und der Filmemacherin Andrea Lötischer im Herbst 2023 in diese Dörfer Nordost-Griechenlands.

Sofia und Stella erzählen darin von ihrem Leben im Dorf, ihrer Auswanderung damals und ihr Erleben seitdem in Ickern. Eindringlich zeigt der Film den „Strukturwandel“ dort: früher Selbstversorgung und Tabakanbau in Familien in Dörfern, ab den 1955er Jahren deren Absturz durch niedrigere Tabakpreise auf dem Weltmarkt durch Tabak-Großplantagen in Texas, Auswanderung aus Griechenland ins Ruhrgebiet, Verödung von Dörfern und Landschaften dort. Und was ist im Ruhrgebiet seitdem? Stoff für Gespräche vom „Strukturwandel“ auch heute und morgen. Und von Einwanderung aus Spanien, Italien und der Türkei im „Wirtschaftswunder“ der frühen Nachkriegs-BRD, und von Einwanderungen aus Schlesien und Ostpreußen zu Beginn der Industrialisierung im Ruhrgebiet vor und nach dem 1. Weltkrieg.

„Sofia & Stella“, dieser bewegende Film, wird am 4. Februar 2025, 19 Uhr noch einmal in der Agora in Castrop-Rauxel Ickern zu sehen sein. Es lohnt sich, ihn sich anzuschauen und an andern Orten einzusetzen.

Anfragen zum Film und der Theatergruppe: Erika Römer, Theatergruppe Odysseus Schwestern, Kulturzentrum Agora, Zechenstr. 2 A, 44581 Castrop-Rauxel. Tel.: 02305/923040

Almuth Dreier, Pädagogin i.R., arbeitete viele Jahre in Vorschuleinrichtungen in Herne. Hartmut Dreier, seit 1969 mit AMOS verbunden. Beide Dreiers leben seit 1977 in Marl. Ute Mark lebt schon immer im Ruhrgebiet, seit Jahrzehnten in Herne.

Olaf Bernau, Afrique-Europe-Interact

Mali: Landraub zurückdrängen, kleinbäuerliche Haushalte stärken

„Für uns verkörpern die Parzellen unsere Ernährung, unsere Medikamente, unsere Kleidung, unsere Fortbewegung. Bitte tut alles, die 200 Hektar und die nötigen Arbeitsgeräte bereitzustellen.“ Mit eindringlichen Worten beschreibt Oumou Daou Diarra in einem Video unseres Netzwerks, welche Bedeutung der Zugang zu Land für kleinbäuerliche Haushalte hat. In ihrem Fall geht es um das „Office du Niger“ in Mali – ein großes Bewässerungsgebiet 230 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Bamako. Wer im Office du Niger einen vom Staat ausgestellten Pachtvertrag über 1 oder 2 Hektar besitzt, kann Reis und Gemüse anbauen und so einen wichtigen Beitrag zum familiären Gesamteinkommen leisten.

Im April 2023 ist Oumou Daou Diarra unerwartet gestorben. Ihr Tod war ein Schock. Nicht nur für ihre Familie, darunter 12 Kinder, für die sie als Mutter und Tante Verantwortung trug, auch für die bäuerliche Basisgewerkschaft COPON, die Teil von Afrique-Europe-Interact ist. Denn Oumou Daou Diarra gehörte zu den aktivsten Mitgliedern der in 23 Dörfern im Office du Niger vertretenen COPON, unter anderem als Kassenwartin.

Weshalb Oumou Daou Diarra starb, ist unklar. Denn medizinische Anzeichen gab es kaum, sie litt lediglich unter Rückenschmerzen. Dies zeigt: Plötzlich oder unter ungeklärten Umständen zu sterben, ist in Sahelländern wie Mali nicht unüblich. Denn eine obligatorische Krankenversicherung besteht nur für Staatsangestellte und Mitarbeiter:innen größerer Betriebe, also für knapp 10 Prozent der Bevölkerung. Alle anderen müssen in bar bezahlen, was wiederum sichere Einkommensquellen voraussetzt, etwa in Form von gepachtetem Land.

Die COPON hat sich 2012 im Rahmen von Afrique-Europe-Interact gegründet. Ihre Anfänge gehen auf die weltweit verankerte Sozialforumsbewegung nach der Jahrtausendwende zurück. Damals spielten Landkonflikte eine wichtige Rolle – in Mali nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung nach der globalen Nahrungsmittelkrise 2007/2008 im Office du Niger riesige Landflächen an (internationale) Großinvestoren verpachtete, was wiederum mit Landraub einherging, also der widerrechtlichen Aneignung landwirtschaftlich genutzter Acker- und Weideflächen. Und just gegen diese und andere Ausbeutungsmechanismen, etwa bei der Wasserrechnung oder bei Düngersubventionen, hat die COPON diverse kleine, aber durchaus beachtliche Erfolge errungen.

Entsprechend war es nicht überraschend, dass der COPON 2017 ein 200 Hektar großes Gelände zur Pacht angeboten wurde, was 280 Fußballfeldern entspricht. Wahrscheinlich sollte die umtriebige Basisgewerkschaft auf diese Weise ruhig gestellt werden. Doch die COPON betonte, dass Bauern und Bäuerinnen Land unter keinen Umständen ablehnen könnten. Einziger Haken: Die COPON wurde seitens der Behörden wie ein Großinvestor behandelt, die Annahme des 2022 ausgestellten Pachtvertrags war also mit der Auflage verknüpft,

die 200 Hektar auf eigene Kosten an das Bewässerungssystem des Office du Niger anzuschließen.

Und genau hier kommt Afrique-Europe-Interact ins Spiel. Denn die Erschließung des Landes – wozu nicht zuletzt Entbuschung, Planierung und Kanalneubauten gehören – kostet 1 Million Euro. Also eine für kleinbäuerliche Haushalte astronomisch hohe Summe. Aber auch Afrique-Europe-Interact kann einen solchen Betrag nicht ohne weiteres stemmen, weshalb wir im April 2024 eine langfristig angelegte Spendenkampagne lanciert haben:

„Wenn 4.000 Menschen einmalig 250 Euro spenden würden, könnte in Mali (Westafrika) die kleinbäuerliche Basisgewerkschaft COPON ein 200 Hektar großes Feld an das lokale Bewässerungssystem des „Office du Niger“ anschließen. Dies würde die Ernährungssicherheit von mindestens 2.000 Menschen dauerhaft stabilisieren.“

Wir möchten damit zeigen, was Umverteilung zwischen Nord und Süd praktisch bedeuten kann – auch in Anlehnung an eine weitere von Oumou Daou Diarra in unserem Spendenvideo getätigte Aussage: „Kleine Spenden [fürs alltägliche Überleben] führen nicht weiter, wir brauchen stattdessen schnellstmöglich Land.“



Aktivistin der COPON beim Presseinterview während einer Protestversammlung in Kourouma, Mali

Schließlich: Dass wir uns für eine kleinteilige Spendenkampagne unter dem Titel 4000 x 250 Euro entschieden haben, hat auch damit zu tun, dass es uns bislang noch nicht gelungen ist, staatliche Akteure oder größere Stiftungen für die Erschließung der 200 Hektar zu gewinnen. Aber natürlich würden wir ein entsprechendes Engagement sehr begrüßen, zumal die Stabilisierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft immer auch einen Beitrag gegen die eskalierende Klimakrise und gegen die Gewalteskalation im Sahel darstellt.

Olaf Bernau ist aktiv bei Afrique-Europe-Interact, 2022 hat er das Buch „Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte“ (2023, 2. Aufl., C.H. Beck, ISBN: 978-3-406-78246-6) veröffentlicht.

Afrique-Europe-Interact ist ein transnationales Netzwerk, das 2010 auf Initiative malischer Migrant:innen-Organisationen gegründet wurde. Beteiligt sind Graswurzelgruppen in sieben afrikanischen und vier europäischen Ländern. Wir unterstützen Migrant:innen, Geflüchtete und Abgeschobene, aber auch lokale Kämpfe für ein besseres Leben von Frauen, bäuerlichen Gemeinschaften etc.: www.afrique-europe-interact.net

ZWUWF

Noa Landau – 13. November 2024

So wird Netanjahu das Westjordanland annektieren.

Mit der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus sind auch die Annexionsdrohungen der israelischen Regierung zurückgekehrt. Bei einem Treffen der Knesset-Mitglieder seiner Partei Religiöser Zionismus am Montag sagte Finanzminister Bezalel Smotrich, dass während Trumps letzter Amtszeit „wir einen Schritt davon entfernt waren, die Souveränität auf die Siedlungen in Judäa und Samaria“ – das Westjordanland – anzuwenden, „und jetzt ist die Zeit gekommen, dies zu tun“. In der Tat, sagte er, indem er sich auf die israelische Zivilverwaltung im Westjordanland bezog, habe er sogar „die Siedlungsverwaltung des Verteidigungsministeriums und die Zivilverwaltung angewiesen, mit der Personalarbeit für die Einführung der Infrastruktur zu beginnen, die für die Anwendung der Souveränität in der Region erforderlich ist“. Und später twitterte der Chef einer Partei, die sich in den Umfragen unter der Wahlhürde suhlt, was der erste Entwurf einer Kampagne zu seiner Rettung aus der politischen Grube zu sein scheint: „2025 – das Jahr der Souveränität in Judäa und Samaria“.

Wie in Zeiten der Protokoll- und Geschichtsfälschung üblich, hofft Smotrich offenbar, dass alle vergessen haben, wie während Trumps letzter Amtszeit die Pläne der Regierung für eine offizielle Annexion von der US-Regierung im Rahmen ihres Plans für die Abraham-Abkommen blockiert wurden.

Aber ich erinnere mich. Als damalige diplomatische Korrespondentin war ich bei dem Briefing anwesend, bei dem Benjamin Netanjahu, damals wie heute, erklärte, dass er dem Kabinett „am Sonntag“ einen Vorschlag für eine formelle Annexion des Westjordanlandes vorlegen werde. Dann bekam ich einen genauen Blick auf seine Verwirrung und Panik, als sofort Berichte über die Einwände der US-Regierung gegen diese Aussage eintrafen.

Natürlich muss sich diese Kette von Ereignissen nicht wiederholen. Trumps vorherige Amtszeit war geprägt von Inkohärenz und Zickzack in der israelisch-palästinensischen Frage, oft als Ergebnis von Spannungen zwischen konkurrierenden Theorien und Interessen, deren gegensätzliche Extreme durch seinen Berater Jared Kushner und den US-Botschafter David Friedman vertreten wurden. Es gibt keine Garantie dafür, dass das Gleiche dieses Mal passieren wird. Die erste Trump-Regierung propagierte schließlich die Pompeo-Doktrin, die besagte, dass Siedlungen nicht gegen das Völkerrecht verstoßen. Aber sie stimmte der vollständigen, formellen Annexion durch israelisches Gesetz nicht zu.

Entnervt von Bidens Sanktionen freuen sich israelische Siedlerführer nun über Trumps Sieg. Israels Besatzungsminister glaubt, Trump davon überzeugen zu können, der Annexion zuzustimmen. Und auf dem Weg zur Annexion verwandelt Israel das Westjordanland in Gaza.

Folgendes ist der wirklich wichtige Punkt, den Smotrich uns vergessen lassen will, während wir uns auf seine alt-neue Annexionskampagne stürzen: Die Annexion ist de facto be-

reits erfolgt, und sie findet weiterhin jeden Tag im Westjordanland statt, auch ohne pompöse Schlagzeilen über die „Anwendung von Souveränität“ und dramatische Abstimmungen im Kabinett und in der Knesset.

Genau wie in der chassidischen Geschichte über den Mann, dem gesagt wird, er solle eine Ziege nach der anderen in sein winziges, überfülltes Haus bringen und sie dann wegnehmen, um zu entdecken, wie wunderbar sein Leben ist, drohen Netanjahu-Regierungen gerne mit grandiosen Schritten, nur um sie mittels Salamtaktiken durchführen zu können, während der Rest von uns immer noch damit beschäftigt ist, die pompösen Schlagzeilen zu bekämpfen. Die deutlichsten Beispiele für diese „Ziegentaktik“ sind der Annexionsplan und der Plan zur Reform der Justiz. So wie das Siedlungsunternehmen von Anfang an nach der Methode „Zoll für Zoll, Hügel für Hügel“ gearbeitet hat, so wird auch die „schleichende Annexion“ oder die „faktische Annexion“ durch Hunderte von scheinbar kleinen Entscheidungen durchgeführt. Dazu gehörte auch der skandalöse Schachzug, Smotrich die Autorität über die Zivilverwaltung zu übertragen, ohne ein übergeordnetes, symbolisches Gesetz zu erlassen.

Auf die gleiche Weise ist die Justizreform kein einzelner Schalter, der ein- oder ausgeschaltet werden kann. Es ist eine Sammlung von Gesetzen und anderen Schritten, die die Regierung nie mit Volldampf vorangetrieben hat, sondern sogar zum Teil unter dem Deckmantel des Krieges.

Es lohnt sich, die großen Kampagnen zu führen. Es ist wichtig, die De-jure-Annexion zu stoppen, und es ist wichtig, zu verhindern, dass die Justizreform ideologische Legitimität gewinnt. Aber wir dürfen unsere öffentlichen Kämpfe nicht nur auf diese grandiosen Schlagzeilen konzentrieren und dann aufatmen, wenn die Ziege wieder nach draußen zu gehen scheint. Darauf setzen sie.

Wir müssen daher auf jeden winzigen Schritt achten, der Teil des Gesamtbildes der Annexion und der Überholung ist – auf jeden Bauernhof im Westjordanland, der „legalisiert“ wird, auf jede Straße, die asphaltiert wird, und auf jeden Richter, der ernannt wird.

Noa Landau arbeitet als Journalistin bei der Zeitung Haaretz in Tel Aviv: <https://www.haaretz.com/>

Lesetipps zu Palästina...

Michael Lüders
Krieg ohne Ende?
Warum wir für Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen
München 2023, Goldmann, 400 S., ISBN 978-3-442-31776-9

Jürgen Mackert und Ilan Pappé (Hrsg.)
Siedlerkolonialismus.
Grundlagentexte des Paradigmas und aktuelle Analysen
Baden-Baden 2024, Nomos, 489 S., ISBN 978-3-8487-9011-1

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Herausgeber: AMOS e. V., Marl

c/o Rolf Euler, Cäcilienhöhe 32, 45657 Recklinghausen

E-Mail: amos-ev@web.de

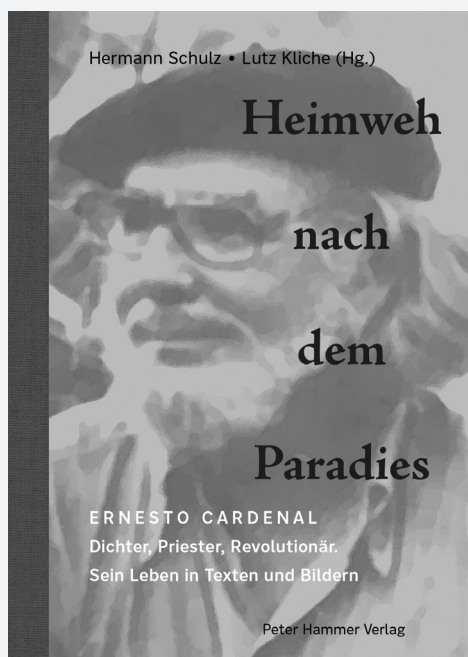
Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —



Hommage an Ernesto Cardenal

Zum 100. Geburtstag des Friedenspreisträgers



Hermann Schulz, Lutz Kliche (Hg.)

Heimweh nach dem Paradies

Ernesto Cardenal: Dichter, Priester, Revolutionär.

Sein Leben in Texten und Bildern

176 S., geb., Halbleinen mit vielen Fotos

ISBN 978-3-7795-0751-2 / € 28,-

Ein Erinnerungsband anlässlich des 100. Geburtstags von Ernesto Cardenal. Mit ausgewählten Texten des charismatischen Dichters und zahlreichen, teilweise unveröffentlichten Fotos. Begleitet von den Stimmen prominenter Weggefährtinnen und Weggefährten – darunter Heinrich Böll, Willy Brandt, Johann Baptist Metz und Dorothee Sölle – und den persönlichen Erinnerungen der beiden Herausgeber an Erlebnisse aus vielen gemeinsamen Jahren.



PETER HAMMER VERLAG

Mehr Infos zum Programm: www.peter-hammer-verlag.de